

Die „Weltwoche“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brunnstr. 8/8, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 12.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 13.50, frei ins Haus M. 12.00, wo keine Post am Orte, M. 13.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen: Bestellungen für die nächsten Nummern müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 289.

Dienstag, den 12. Dezember 1905.

16. Jahrgang.

Eine Weltdemonstration.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet wird, hat auf Vorschlag der amerikanischen sozialistischen Gruppen der ausführende Ausschuss des internationalen sozialistischen Bureaus beschlossen, am 22. Januar den Jahreskongress des fünftägigen Sonntags von Petersburg zu einer Weltmanifestation zu veranstalten. Aufforderungen, um Versammlungen in diesem Sinne abzuhalten, sind an die sozialdemokratischen Parteien aller Länder gerichtet worden. Am 20., 21. und 22. Januar werden sich die Mitglieder des internationalen sozialdemokratischen Bureaus in Brüssel vereinigen, um zu beschließen, welche Maßregel zur Ausführung eines Antrages Vallant genommen werden soll, der dahin geht, den Krieg durch Erklärung von Massenstreiks in den beteiligten Ländern unmöglich zu machen. Von Deutschland werden Hebel, Singer, Kautsky, Rosa Luxemburg erwartet. Von namhaften Parteiführern anderer Länder sind Jaures und Hyndmann angemeldet.

Die Enteignung der Eltern.

In den kapitalistischen Traktaten, die Jahans Jähren den Sozialismus aus den Hirnen wegreden wollen, findet sich als Schrecken aller Schrecken die Zukunftsjene ausgemalt, wie die Hunnen des Kommunismus die armen Säuglinge von den Brüsten der liebenden Mütter reißen, wie das junge, lebende Menschenfleisch dann in gemaltigen Aufpöppelungs-Fabriken untergebracht, nummeriert, schablonisiert und von gleichgültigen Beamten des allgemeinen Arbeitsstaates nach irgend einem Normalstatut ernährt und erzogen wird. Dabei kann und muß es natürlich vorkommen, daß das süße Knirpschen sich nächtlicherweile bloßstrambelt, ohne daß es die gefühllose, der ewig vorjorgenden Mutterleibe naturgemäß entbehrende Muttergemin bemerkt, weshalb also die arme süße Kleine sich die Lungen-Entzündung und den Tod zuzieht — ein beweinenwertes Opfer des grausamen Unsinns des sozialistischen Staates. Mit solchem Aussterben des Familienlebens werten naturgemäß alle edleren, eigenartigen Hülsen des Menschentums. Aus dem Wochenbett der freien Liebe gerät das Kind unmittelbar in die furchtbare Knochenmühle der kommunistischen Institution, in der es so lange zerstampft wird, bis es zum individualitätslosen Normalbürger des Zukunftsstaates geworden, genau nach dem Durchheitsbeschluß jeweilig festgestellten Sins- und Seelenmodell, der heiligste und schönste Menschentrieb, die Elternliebe, ist in jener Schreckenszeit nur noch ein holdes Märchen einer besseren Vergangenheit. Niemand hat mehr einen Vater

und auch eine Mutter gibt es nur neun (in eiligen Fällen sieben) Monate lang vor und neun Tage nach der Geburt. Der ganze übrige Rest des Lebens gehört dem Zuchtstaus-Staat!

Die Narretei dieses Zukunftsgebübes ist reichlich läppisch, aber die kapitalistische Phantase, welche ihre Hölle in die Zukunft zu projizieren sucht, ist doch ormselig genug; sie erreicht bei weitem nicht die Ausgebirten der kapitalistischen Wirklichkeit. Jener tolle Kommunismus der Zukunft wäre doch immerhin ein Geschöpf des Gesamtwillens der Gesellschaft, an dessen Leitung er selbst zu gleichem Teil mitwirkt. Es wäre die freie Unterwerfung unter den selbst gezüchteten Dabstimm. Sinegen hat die Wirklichkeit des feudalistisch-gewaltigen Kapital-, Kirchen- und Kasernenstaates Preußen den systematischen Kinderraub, nicht für die Bwede der Staatsgemeinschaft, sondern für die Interessen einer feindlichen Klasse, längst durchgeführt — ist jetzt daran, die letzten Reste freier Selbstbestimmung zu tilgen. Das preussische Volksschulwesen bedeutet die völlige Expropriation der Eltern, die zwangsweise Fortnahme der Kinder, die Auslieferung der jungen Geister an eine erbarmungslose Fremdherrschaft, ohne daß die ursprünglichen Erziehungsberechtigten irgend einen Einfluß auf die Erziehungsanstalt des Klassenstaates hätten, er müßte denn in der Aufreizung gegen die Autorität der Schule und damit in der Demagogie der Ausbildung der Kinder bestehen.

Sechs Millionen Kinder ungefähr werden in Preußen vom sechsten bis vierzehnten Jahre einer feindseligen Drillanstalt übergeben, die sie mit einigen notwendigen, notwendigen Fertigkeiten ausstutzt, sie im übrigen aber verdummend gegen ihre eigenen Interessen abzurichten versucht. Die proletarischen Eltern, die das harte Leben und die politische Aufklärung trotz der Schule dennoch erzogen hat, sollen ihre Kinder wieder der fremden Gewalt opfern müssen. Die allgemeine Schulpflicht, revolutionär in ihrem Ursprung, die radikalste Folgerung des Prinzips der Menschen-Gleichheit, ist zu einem Instrument der Ungleichheit geworden, durch das die Kinder der Besitzlosen nicht nur nicht zu freier Menschheit geblüht, sondern im gütigen erzieherischen Einfluß der Eltern Raubgötter entzogen werden. Die empfindlichsten, glücklichsten und freiesten Jahre des auf die kapitalistische Galeere hinein geborenen Menschen werden durch totes Memorierwerk vergudet, das selbständige Denken wird auf dem Streckbett einer vor-schraufenden entflandenen unbegreiflichen, überdies ver-schämten und willkürlich gemodelten Mythologie miß-handelt und erdötet, die angeborene Lust des Forschens und Lernens wird absichtlich zur Qual gestaltet, und in die zerrütteten, ermüdeten, gepeinigten Kinderhirne wird dann phum und roh die Umbebung der herrschenden Mächte eingepreßt. Das Denken wird katechetisch verblödet. Statt des freien vernünftigen Forschens wird die dogmatische Legende der Urbestand der kindlichen Weltanschauung.

Alles wird ihnen Legende, Unbegrenzlichkeit, Glauben; die Legende der Monarchie, die Legende der Kirche, die Legende des Kapitals, die Legende des Grundherrn. Nicht um ihrer selbst willen werden die Kinder der Besitzlosen erzogen, sondern gegen sich selbst werden sie moralisiert.

Eine Gestebe-Ethik wird ihnen eingeprägt, die Schule wird lediglich Vorberetung der Galeere; und wäre das Leben nicht schließlich doch stärker als die Schule, so wären die armen Geschöpfe der Schulzucht für alle Zeit und für alle Kultur zerbrochen. Damit aber ja nicht derselbe proletarische Lehrer sich allzu kühn aufbäume, wird auch er vorher, so weit es irgend geht, gleich verstimmt, und in taufendfältiger Widerwärtigkeit materieller Not und brutaler Abhängigkeit verblutet bald alles Selbstbewußtsein und aller Trost.

Die proletarischen Eltern wollen Freiheit, die Schule lehrt ihre Kinder Knechtschaft. Die Eltern sind zur erhabenen Kulturbegehrlichkeit erwacht, die Schule duckt sie in die Pfaffenrelligion des Lebens und der zufriedenen Entsaugung. Die Eltern erstreben den vollen Anteil ihres Arbeitsertrages, die Schule lehrt das göttlich ewige Recht der Ausbeutung. Die Eltern stellen jede Erscheinung unter die Kritik der ungeschwemmten Vernunft, die Schule wälzt auf die schenen Kinderseelen die schweren Grabsteine der Autorität. Vater und Mutter sind Demokraten, Sozialisten, Republikaner, Revolutionäre, aufrechte Heiden des Diesseits, die Kinder lehrt man die Pflichten der Sklaven, der Ungleichheit, sie sollen sich vor dem monarchischen Feisch beugen, das Bestehende anbeten und alle ihre Qual vom dem Jenseits zur Erlösung überweisen. Demnach werden die Kinder gegen die Eltern aufgewiegelt, sie werden geradezu moralisch und geistig zum Elternmord von der Schule präpariert. Das ist der wahrhaftige Kultus der Familie, wie ihn der kapitalistisch-feudale Staat Preußen versteht und entwickelt.

Die proletarischen Eltern haben nur die Pflicht, ihre Kinder getreulich der Schule abzuliefern. Sie haben nicht das geringste Recht, behelldender Einflüsse. Sie haben keine Einwirkung auf die Organisation der Schule, auf die Gestaltung des Lehrstoffes, auf die Bildung und Aus-stellung der Lehrer, auf die Methode und Zeit des Unterrichts. Sie müssen es sich gefallen lassen, daß ihre ärgsten Feinde über Geist und Gemüt ihrer Kinder verfügen. Die herrschende winzige Minderheit, die ihre Zöglinge nicht in die allgemeine Volksschule schickt, macht sich an, den Millionen der Besitzlosen vorzuschreiben, was ihre Kinder zu lernen und nicht zu lernen haben. Diese Schule ist der infamste Kinderhandel, den die bestehende Klasse treibt. Zwiß, der bittere Geißler menschlicher Barbarei, hat einmal höhnend das Kinderfleisch als billiges und delikateses Volkstnabungsmittel empfohlen — aber wenigstens sollten sich die proletarischen Eltern doch am eigenen Fleische und Blut fälligen. Das preussische Volksschulwesen bedeutet

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kantsch.

60 (Nachdruck verboten.)
Valerie konnte sich entscheiden, als sie im Park angekommen war; denn und eifertig sprach sie davon, und ein Weibchen war sie den übrigen voraus. Sie wäre ihnen wohl am liebsten ganz entlassen, aber als ein weitergezogenes Mädchen dachte sie nicht einmal daran; sie wußte ihre Phantasie, weil romantisch, aber viel unaußerebarere Projekte zu erfinden, die alle darauf hinausliefen, auf welche Art sie Stefan gehen und sprechen konnte. Seit sie vor acht Tagen in der Kiste mit ihm zusammengepackt, hatte sie keinen anderen Gedanken gehabt als ihn. Ihre jugendliche Phantasie war indes gewöhnlich gewesen, alle Hindernisse, die sie trennten, als bewinglich für denjenigen hinstücken, der hart und wahrhaft liebte. Stefan liebte sie so, und es war ihr Reime und Verdrüßung, zu denken, daß sie eine solche Liebe einzulösen im Stande sei, eine Liebe, die alles überwindet, die über alle Hindernisse den Sieg davonträgt. Sie war sich auch bewußt, diese Liebe zu verdienen und ebenso lieber, sich dieselbe zu erhalten. Aber sie wollte, sie mußte ihn wiedersehen, ihre Sehnsucht nach ihm war mit jedem Tage gewachsen, sie war unbeschreiblich geworden, ihr ganzes Herz verlor sich nach Stefan.

Ein Gedanke war es, der sie jetzt vor allem beschäftigte, der sie fesselte. Stefan hatte ihr zwar nicht gesagt, daß er zur Mitternacht müde, aber sie hatte es zufällig durch Hans erfahren, und nun konnte sie nicht einmal das Refusat. Am Ende war er gekommen worden, und dann mußte er in den Krieg, als gemeiner Soldat! Das letztere schien ihr besonders fürchterlich und hart; aber wenn auch ihr Stolz nicht wenig unter dieser Vorstellung litt, so war ihr zärtliches Herz doch noch mehr geneigt von dem Gedanken, er könne verwundet, gefesselt werden. — Stefan, der schöne, vielversprechende Jungling, der sein Leben ihr weihen wollte! Es wäre entsetzlich gewesen! Vor allem mußte sie sich Bewußtheit verschaffen, ob er absentiert sei; sie wollte dies tun, selbst auf die Gefahr hin, ihr Interesse für ihn zu verraten; sie wollte dies und noch mehr wagen, so würde sie in ihren eigenen Augen eine Mäurerin und eine Heldin. Die Gräfin rief ihr jetzt lebend zu, ob sie es mit ihrer Macht ernst meine. Valerie blieb stehen und im nächsten Augenblicke war Ewald an ihrer Seite. Er sprach mit ihr in einem pfitierten Ton, der, obwohl er scherzhaft sein sollte, doch etwas Verlesendes hatte. Sie antwortete in gleicher Weise, und es kam zwischen den beiden zu einem kleinen Scherzspiel. Ewald wollte das junge Mädchen hüßen lassen, daß es sich keinen Lebenswünschen gegenüber so kühl verhält, und Valerie tat es wohl, ihm merken zu lassen, daß sie seine Präferenzen lächerlich finde. Sie waren bisher in der Allee im Schatten

der Bäume fortgegangen, jetzt traten sie auf die Wiese hinaus. Valerie hielt plötzlich die Hand vor die Augen, als ob sie die Sonne blende.

„Warum warnen Sie mich Ihren Sonnenstrahl auf Valerie?“ fragte die Gräfin, die mit Hans sie nun erreicht hatte.

„Ich habe vergessen, ihn mitzunehmen“, sagte Valerie. „Da werden Sie mir erlauben, daß ich ihn hole“, erwiderte Hans rasch; es schien ihm so, als ob er einen kleinen Gefallen zu erwischen. Sie schüttelte den Kopf und sah lächelnd auf Ewald, dessen Arm sie indes genommen hatte.

„Ich darf doch meinen Mitter nicht übersehen“, bemerkte sie etwas boshaft; „Baron Ewald, ich bitte, bringen Sie mir den Sonnenstrahl, er steht im Vorzimmer.“

Ewald sah sie an; wie war das zu nehmen? War das eine Revorgung, wollte sie ihn dadurch wieder verschüden oder wurde er einfach fortgeschickt? Seine Eifersucht neigte sich der ersten Annahme zu. Er war im Grunde doch noch immer überzeugt, daß das Mädchen herzlich in ihn verliebt sei und daß diese Zurückhaltung nur Stiererei und Kofeleterie sei, um ihn selbst heutzutage zu entflammen. Er kam der Aufforderung nach und entfernte sich rasch in der Richtung gegen das Schloss. Valerie blieb stehen.

„Ach, ich sehe schon“, sagte die Gräfin, „Sie fürchten für Ihren Teint und wollen nicht weiter gehen; aber ich habe keineswegs Lust, hier ebenfalls zu warten, und ziehe es vor, Ihnen Hans als Gesellschaft zurückzulassen und indes auf eigenes Risiko mich in dieses Labyrinth zu wagen; es wird mir Spaß machen, allein in dieser Wildnis herumzutrennen, beim Kiosk freizeu wir zusammen“. Sie nickte lächelnd und begann so gleich weiter zu gehen.

Valerie hatte keine Einwendung gemacht, so, sie schen über diese Wendung sehr belübtigt, und man hätte sich glauben können, daß sie ein wenig dazugetan, um sie herbeizuführen. Kaum war die Gräfin weiter über die Wiese dahingeschritten, als sie sich zu Hans wendete. „Wollen wir uns nicht um dieser Bank niederlassen?“ fragte sie, auf einen Augenblick deutend, der unweit von ihnen noch im Schatten der Kastanien stand. „Wir werden daselbst weit behaglicher die Rückkehr Ihres Bruders erwarten.“ Sie ging soles voraus und setzte sich. Hans nahm mit einem Gefühl von Wärme an ihrer Seite Platz. Er süßte sich sehr ermutigt, sie wollte mit ihm allein sein, war dem jetzt noch ein Zweifel möglich? Und jetzt, endlich, war die erste Gelegenheit da, jetzt konnte er sprechen, jetzt mußte er ihr alles sagen. Er sah neben ihr in einer Spannung, wie ein Pfst, der am Abfliegen bereit ist, oder er sprach noch immer nicht, er wartete, bis sie beginnen würde.

Und sie? Sie besand sich in einer ganz ähnlichen Gemütsverfassung; von ihrem Herzen zu fragen gedränt und doch innerlich so bestimmt, holl Banalität und Unentschlossenheit.

Wann vergingen so. Ewald kam bald wieder kommen — es mußte sein. Sie öffnete die Lippen und lächelte wieder. Er atmete auf. Endlich sagte sie leise: „Baron.“ Er sah sie an und streckte ihr die Hand entgegen. Sie nahm sie nicht, aber sie hatte die Augen; das erhobte seinen Mut, jetzt wollte er es wagen. Da küßte sie: „Sie haben Freunde hier?“

„Ich hoffe es“, antwortete er mit Verbeugung auf sie. „Freunde, denen Sie aufrichtig ergeben sind, ich weiß es.“ „O, weit mehr als das, Fräulein Valerie.“

„Diese mußten heute zur Absentierung.“

„Absentierung?“ fragte Hans, scheinlich aus der Fassung gebracht.

„Sie haben mit ihnen gesprochen, Sie haben erfahren, ob sie tauglich beunden wurden oder nicht, ja, ja, ja, ich bitte Sie drum.“

„Von wem sprechen Sie denn, mein Fräulein?“

„Von Ihren Freunden.“

„Von Franz Brummer?“ Valerie wagte nicht, nein zu sagen. „Sie haben wohl erfahren“, fuhr jetzt Hans, sich in etwas zurechtfindend, fort, „daß er eine alte Mutter hat, er hatte auf Bekleidung gehofft, er ist trotzdem genommen worden.“

„Und — der — andere?“

„Stefan?“

Valerie wurde glühend rot. „Ja“, hauchte sie.

„Sie kennen ihn also?“ fragte Hans rascher, als er sonst zu tun pflegte.

„Nein, — eigentlich nicht, — eigentlich ganz und garnicht, aber — mein Onkel hält viel auf ihn, ich weiß, daß es diesem sehr leid tun würde, wenn er ihn verlore. Sagen Sie es mir also, ist er Soldat?“ Ihr Bild war so lebend geworden, ihre Stimme zitterte ein wenig; selbst Hans war nicht harmlos genug, um diese Teilnahme allein auf Rechnung des Onkels zu setzen. Er sagte daher kurz und schroff: „Ja, er ist Soldat, und er geht morgen früh mit dem ersten Transport ab, der für den Norden bestimmt ist, und ich gehe mit.“ Valerie biß die Lippen zusammen und legte ihre Hände, sie kämpfhaft aneinanderverbreßend, in ihren Schoß. Nichts verriet sonst ihre heftige Bewegung, sie schwieg.

Hans küßte sich grausam enttäuscht. In diesem Moment, hatte er gemeint, müsse sich alles entscheiden, und nun schien ihm alles unklar, ungewisser als je. Aber noch war es Zeit, er wollte sie um ihr Vertrauen bitten, er wollte sie bitten, ihm offen und ehelich zu sagen, wie es ihr um's Herz sei und ob er, wenn er scheide, etwas Hoffnung mitnehmen dürfe, oder ob er ihr für immer entsagen müsse. Aber als er nun die ersten, etwas konfuse Worte hervorbrachte, sah sie ihn in die Augen mit einem herzlichen und guten Blick, und sie hielt ihm die Hand hin und sagte: „Sie sind gut und edel, Sie haben mir einen Freundschaftsdienst erwiesen, und ich danke Ihnen.“ (Fortsetzung folgt.)

grundständig, daß die Kinder der Besitzlosen den Kosten der Besten dreifach gegeben werden.
Das neue Volksschulgesetz, mit dem das protestantische und katholische Junktum die Entwertung und Verwässerung der protestantischen Schule vollenden will, indem es den von ihnen selbst nur gespielten - religiösen Wahnsinn strenger konfessionell schmälert, - das neue Volksschulgesetz kodifiziert lediglich die Widerstandslosigkeit des bereits Verwehrenden und alarmiert gerade deshalb die liberalen Nachwächser der ewigen Ideale, die dann immer am lautesten lärmten, wenn ihnen die Möglichkeit irgend einer Heuchelei zu entweichen droht. Ob die spürlichen Reste der konfessionell gemischten Volksschule erhalten werden sollen, oder ob hinfort jedes Protestantenkind nach der Fassung des protestantischen oder katholischen Ausbeuters getrennt fella werden soll, ist für die Arbeiterschaft die geringste Sorge. Ihre ist die weitere Verschärfung der gutsherrlich kommandierenden Pfaffenherrschaft in der Volksschule nur ein neuer weltlich hallender Schlaraffen, endlich die Schule ihrer selber, die ganze Schule für sich zu erobern.
Die Schulfrage ist in Preußen für das Proletariat in erster Linie Wahlfreiheitsfrage. Es gilt die Expropriation der protestantischen Kinderseelen zu erproben. Die Volksschule gehört dem Volke, nicht den Unterdrückten und Ausbeutern der Armen. Die parlamentarische verkleidete Diktatur der Feudalherren, die Kreuzzugler Landtag genannt wird, hat überhaupt keinerlei Anrecht auf die Volksschule. Es gibt nicht einen einzigen Abgeordneten in Preußen, der aus einem anderen Rechtsgrund als aus dem gewalttätigen Usurpation, über das Volksschulwesen zu entscheiden hätte. Im heutigen preussischen Landtag über die Volksschule beschließen, heißt die schamlose Entredung der Eltern, bedeutet die Verjüngung der gewaltigen Idee der Volksbildung in das Unternehmen einer systematisch betriebenen intellektuellen Enghirnerei: Die Kinder des Proletariats werden von seinen fäulnis wachsenden Wurzeln mit echt ostelbischen Zufel berrührt.

Das preussische Dreiklassenystem verurteilt die Masse, das Proletariat, zur völligen Einflußlosigkeit. Die stärkste Partei Preußens hat keinen Vertreter im preussischen Parlament. Und dieses Parlament einer brutalen Minderheit beschließt, wie die Millionen proletarischer Kinder unter dem Vorwand der Volksschulbildung nach Willkür dem Eltern entfremdet, ihren eigenen Interessen unweider verkrüppelt werden möchten. Das ist die ungeheure Bedeutung der Schulfrage. Sie ist das kräftigste Beispiel der Rechtlosigkeit des Proletariats in Preußen, die es sogar zwingt, "von Rechts wegen" seine Kinder den Herrschenden zu opfern.

Nach die Sozialdemokratie erstrebt die Staatschule, aber eine Staatschule, über die ein Parlament des demokratischen Wahlrechts letzten Endes entscheidet. Der Kampf um die Schule ist somit ein Kampf um das Wahlrecht. Die Eltern fordern ihr unüberbrückliches Naturrecht! Der Anblick der Not erhebt das Menschenherz, aber wo es nicht stürt und nicht brennt, da marktet es mit sich selber und mit seiner Menschlichkeit, bis es wieder erkalte, und tut dann gemeinlich - nichts." Das hat der große Propagandist des Volksschulgedankens, Pestalozzi, einmal gesagt. Wohl, die Not stürt und brennt, wir dürfen nicht wieder erkalten!

Kurt Eisner in der „Neuen Gesellschaft“.

Politische Heberficht.

Die angeblich strafbare Aufreijung. Einem edlen Handwerk hat sich die „Schlesische Zeitung“ ergeben: sie versucht in dem gegen die „Volkswacht“ angelegten Prozeß Staatsanwalt und Richter gegen uns scharf zu machen und sammelt dürftige Argumente, um die in Aussicht stehende Anklage zu fügen. Ist das an und für sich gerade kein nobles Unterfangen, so muß es noch besonders unanständig wirken, wenn man berücksichtigt, daß die „Schlesische Zeitung“ alle früheren Kundgebungen der „Volkswacht“ kennt und darum wider besseres Wissen behauptet, wir reizen bewußt zu Gewalttätigkeiten auf. Denn erst vor wenigen Wochen veröffentlichte der jetzt in Untersuchung gezogene Genosse Löbe einen Artikel über die Mittel des Klassenkampfes unter der Ueberschrift „Unser Recht auf Straßendemonstrationen“ in der „Volkswacht“, in welchem ausdrücklich ausgeführt wird:

Wir würden aber darüber hinaus bei unserer Propaganda das erste Hauptgewicht auf den absolut friedlichen durch ordnungsmäßigen Verkauf der Kundgebungen legen. Das deutsche Proletariat ist so geküßt, daß alle seine Verlaummungen, Missetaten etc. in unerschütterlicher Ruhe verlaufen, u. haben in unseren Vereinsvorständen, Distrikts- und Bezirksführern, Vorständen und Hauptführern einen Stab von Tüchern und Vertrauensleuten, der in großen Städten nach Hunderten zählt, da braucht uns um den Verkauf einen Augenblick bange zu sein. Selbst die Möglichkeit von Uebergriffen einzelner haben oder drüben lassen, würde der würdige Gesamtkarakter der Demonstration nicht schaden. Bei allem Wirren zu unserer Nachhaken aber wird keiner unter uns annehmen, daß eine deutsche Regierung im Stande wäre, friedliche Demonstrationen, die ihre friedlichen Absichten laut und deutlich verkünden, mittelst Gewerkschaften niederzulegen zu lassen, wie es ein Trepow am 22. Januar d. J. in Petersburg getan.

Kann man dem Arbeiter noch nachdrücklicher sagen, daß von Gewalttätigkeiten bei unserem Kampfe gegen das Landtagswahlrecht keine Rede sein darf?

Aber noch ein anderer Umstand läßt die Denunziation der „Schlesischen Zeitung“ recht sonderbar erscheinen, nämlich die Tatsache, daß dieses Blatt den ganzen beschnittenen Teil unseres Aufrufs bedenkenlos abdruckt. Die Verbreitung konföderierter Schriften ist bekanntlich verboten, die Preslauer Polizei hat in Gastwirtschaften etc. unsern Aufruf beschlagnahmen lassen, um seine weitere Verbreitung zu hindern, und jetzt kommt die „Schlesische Zeitung“ und gibt den Arbeitern Gelegenheit, in allen Gasthäusern, Lokalen, Barbierstuben den Artikel zu lesen, der nach ihrer eigenen Meinung zu Gewalttätigkeiten anreizt. Sie würde sich selbst strafbar machen, wenn sie nicht der Meinung

wäre, daß die abgedruckten Sätze zu einer Verurteilung nicht ausreichen. Sollte das Versehen aber dennoch seinen Fortgang nehmen, dann wird der verantwortliche Redakteur der „Schles. Ztg.“ neben uns auf dem Anklagebänkechen Platz nehmen müssen, desselben Verbrechens beschuldig als wir. Dann wird er sich auch überzeugen können, daß die Vorkämpfer der Arbeiterschaft den persönlichen Mut besitzen, die Folgen für ihre ihnen notwendig erscheinenden Propaganda-Aktionen zu tragen. Die „Volkswacht“ ist nur den zehnten Teil so alt als die „Schles. Ztg.“, ihre Verantwortlichen aber haben in schweren Strafen bewiesen, daß sie bereit sind, Freiheit, Glück und Gesundheit für die Sache des Volkes hinzugeben. Von den Herren, die sich jetzt bemühen, uns aus Messer zu liefern, hat noch nicht einer den Beweis für gleichen Opfermut erbracht.

Gegen die Noten ging am Sonnabend im Reichsparlament. Und wird darüber geschrieben:

Der Reichstag saß, durch die katholische Ferienpause vom Freitag ab, am Sonnabend die Tagsberatung fort. Der Redner dieses Tages war Wassermann. Der Wassermann ist ein alter Parlamentarier, trotzdem ist er ersichtlich an einem Kampfe, wie es die jüngste Rede einer Paraphrase nie schlüssiger haben kann. Dabei hatte er nicht, aber auch gar nichts von Erheblichkeit vorzubringen. Patriotische Schamlosigkeit, etwas schamlos Kritik ganz besonders hervorzuheben Regierungsmißgriffe, ein paar reichliche aber keine Angriffe auf die Sozialdemokratie - das war alles. Doch halt: es wäre ungerecht, einen Valisus der Wassermannsrede zu übergehen. Es gab eine Zeit, da Herr Wassermann in Sozialpolitik und Sozialliberalismus machte. Die Zeit ist gewessen. Durch die Wählerliste bei der Durchweisung des Postgesetzes hätte der Mannheimer Rechtsanwalt seine Rede gegen die Ausweisung ab und legt sie er bereits so tief in den Sumpf vulgärer Sozialisten-Verleumdungen, daß er die Bescheidung der Selbstverwaltung der Krankenkassen als die Hauptaufgabe reichsdeutscher Sozialpolitik feiert. Nach Herrn Wassermann kam der gefürchtete Reichstaugler zum Worte. Mit einer Verbindung vor dem dem wüsten Angriff auf die anarcho unpatriotische Sozialdemokratie schloß der Reichstaugler seine von unsterblichen Beschlüssen reichsdeutscher Reichstaugler, die unter dem Namen Reichstaugler-Traktanten gefühnen, der „moderne“ Willen benützt die hinterlassenen Gläubiger Stimmungen Redaktionen zu seinen parlamentarischen Haupt- und Staatsaktionen. Solche Platinen kann nur ein Parlament sich bieten lassen, in welchem das, was von bürgerlicher Opposition noch übrig ist, von Herrn Müller-Sagan geführt wird. Eine so laue und mauerstättige Kritik der geforderten indirekten Steuern erwarb, arbeitslose Herr Müller selbst wieder, indem er des Reichstauglers innere Abneigung gegen eine scharfe Erbschaftsteuer offenbarte. Mit einer Sozialistenkündigungspause des alten Kardorff schloß der Tag.

Au die falsche Adresse. Die „Kölnische Zeitung“ warnt die Sozialdemokratie vor einem „Spiel mit dem Feuer“.

Sie schreibt: „Unser Sozialdemokratie gibt sich große Mühe, den Arbeiterkavallen in Dresden und Chemnitz eine Bedeutung beizulegen, die sie aber ihre rein örtliche Wirkung hinausheben soll. Wenn man die langen Ausführungen im „Vorwärts“ und den anderen sozialdemokratischen Wäutern liest, so gewinnt man den Eindruck, daß man durch die Straßendemonstrationen nicht nur gegenüber den sachlichen Wahlrecht Stellung nehmen wollte, sondern daß es sich auch ganz im allgemeinen darum handelt, der Regierung ein Beispiel zu zeigen, daß sie mit der Macht der Arbeiterschaft, der Strafe, zu rechnen habe. Kein verständiger Mensch wird sich darüber täuschen, daß die Vorgänge in Russland, wo die Revolution einen zeitweiligen Sieg über die Staatsorganisation davongetragen hat, auch nach Deutschland hinführen werden, und aus dieser Erwägung heraus stellen sich besonders sanguinisch veranlaute Sozialdemokraten die Frage, ob es nicht doch vielleicht auch in Deutschland einmal so oder ähnlich geben könne. Wir glauben zwar nicht, daß diese Sozialdemokraten, wenn sie den Blick für das politische Maß nicht ganz verloren haben, sich diese Frage ohne weiteres bejahen werden, aber offenbar beinhalten sie mit ihr zu spielen, und das scheint uns gerade bedenklich genug, nicht am mindesten bedenklich für die Arbeiterschaft.“

Das nationalliberale Blatt hat sich bei seinen Warnungen in der Adresse geirrt. Wir glauben, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern ganz andere Leute „den Blick für das politische Maß“ verloren haben.“ Nämlich die konservativen und nationalliberalen Reaktionen, die durch ihre hartnäckige Verteidigung des „politisch unmöglichen“ Dreiklassen-Wahlrechts mit eigenen Händen den Wind säen, der den Sturm hervorrufen muß.

Regierung und Vergleite. Der Bundesrat hat den in einer Resolution ausgesprochenen Antrag auf Schaffung eines einheitlichen Vergesetzes für das ganze Reich abgelehnt, weil eine neue Novelle in Preußen bereits vorliege und die Materien zu verschieden seien. - Die jahrzehntelange Forberung der Vergleite, daß ein Reichsvergeseß geschaffen werde, lehnt also der Bundesrat unter einer völlig nichtsagenden Begründung mit wegwerfender Handbewegung rumbweg ab. Die Vergleite Preußens und Sachsens bleiben also unter der Fuchel der reaktionären Geldsackparlamente ihrer besonderen Vaterländer. Das muß für sie ein Grund mehr sein, sich mit voller Wucht dem Sturm auf die Wälle des Dreiklassenwahlrechts anzuschließen.

Volksschullehrer und Volksschulvorlage. Die neue Volksschulvorlage findet naturgemäß in allen Kreisen der Volksschullehrer Widerspruch, die nicht im Sinne „kirchlicher Zucht“ stehen und sich nicht als gehorsame, dienwillige Vertreter pfäffischer Herrschaftsansprüche betrachten. Die Vorlage verstärkt nicht nur das Schulaufsichtsrecht der Geistlichkeit, indem es ihr einen beträchtlichen, in manchen Fällen tatsächlich maßgebenden Einfluß in den Schuldeputationen sichert, sondern es liefert auch die Lehrer völlig dem Willen der Bureaokratie aus. Die Gemeinden verlieren nämlich nach der Vorlage ihr Lehrermahlrecht; es bleibt ihnen lediglich ein gewisses Vorschlagsrecht, das jedoch derartig verfaulert ist, daß es die Schulaufsichtsbehörde nicht im geringsten in ihren Entschlüssen hindert. Dazu kommt, daß der Gesetzentwurf nicht über eine Verbesserung der Lehrergehälter enthält, obgleich das preussische Abgeordnetenhaus in der letzten Session eine Erhöhung der Staatsmittel zu diesem Zwecke forberte.

Um diesen Widerspruch der Beherrschung zu besänftigen, läßt nachträglich die Regierung offiziell verkünden, daß wenn auch nicht mehr in diesem Jahre, so doch im nächsten Jahre eine Verbesserung der Lehrergehälter erfolgen solle.

Das Haus der Abgeordneten, heißt es in der Beschwichtigungsknote, hat in der letzten Tagung im Zusammenhange mit dem zweiten Teile des Schulkompromisses eine beträchtliche Erhöhung der Staatsmittel zur Verbesserung der Lehrergehälter verlangt. Diefem Beschlusse soll in dem nächstjährigen Etat in einem Maße entsprochen werden, das nicht allzumal hinter der von dem Abgeordnetenhaus empfohlenen Summe von 5 Millionen Mark zurückbleibt. Endlich liegt es in der Pflicht, die Volksschulen in den zweifelsprachen Provinzen, die von der Behörde des Schulunterhaltungsgesetzes ausgeschlossen werden sollen, durch erhöhte Staatsausgaben zu fördern. Auch hier handelt es sich um einen Mehraufwand von mehreren Millionen Mark.

Ein die Auffassung der Regierung deutlich enthüllender Appell an die materiellen Interessen der Volksschullehrer. Sie sollen sich nicht in das ihnen zugesagte bureaukratische und pfäffische Loch fügen, um dadurch die Anwartschaft auf eine spätere Gehaltsaufbesserung zu erwerben. Die Prinzipien des Raubhandels scheinen der Regierung bereits derartig ins Blut übergegangen zu sein, daß sie sie ungeniert auf allen Gebieten ihrer Verwaltungspolitik in Anwendung bringt.

Um Versammlung unmöglich zu machen, scheint die Berliner Polizei auf ein neues Mittel verfallen zu sein, das sehr einfach ist: Man verweigert den Referenten den Zutritt zum Versammlungsort. Dieses Mittel wurde aus Anlaß der von den Frauen zu Mittwoch nach der Gewandta in der Chausseestraße abgehaltenen Volksversammlung angewandt, in der die Genossin Auremura über den politischen Massenstreik referieren sollte. Als die Referentin um 1/2 Uhr nach dem Lokal kam, waren eine große Anzahl Personen auf dem Dose versammelt, die keinen Einfluß mehr haben konnten. Die Polizei hatte bereits gegen 8 Uhr abgepörrt und die Ankomenden wurden in recht barscher Weise zurückgewiesen, anstatt ihnen den Grund mitzuteilen, warum kein Einfluß mehr geübt werde. Die Referentin mußte das Schicksal der übrigen Ausgesperrten teilen und durfte sich ebenfalls das Lokal von draußen anschauen. Als Kränkelin Eilke Vaader den Polizeibeamten erklärte, Frau Dr. Augemburg sei doch die Rednerin des Abends, wurde zur Antwort: Das sei gleich, es käme niemand mehr in den Saal hinein. Auf wiederholte Vorhaltungen über das Unzulängliche dieses Verfahrens wurde erklärt: Wenden Sie sich an die zuständige Stelle. Wer aber anders ist die zuständige Stelle als die Polizei selbst? Es blieb eben bei der Verweigerung des Eintritts. Es half auch nichts, daß die Einberufener aus dem Saale kam, um die Referentin in den Saal zu bringen; sie mußte vielmehr das gleiche Schicksal teilen und draußen bleiben. Auch unjeren Berichterstatter traf das gleiche Los. Schließlich gelang es, unbemerkt auf Hintertreppen in den Saal zu gelangen, so daß es auf diesem Wege noch möglich war, die Versammlung stattdessen zu lassen. Wäre dieser Ausweg nicht gewählt werden können, so wäre es tatsächlich Polizeibeamten gelungen, durch die einfache Aussperrung der Referentin die Versammlung unmöglich zu machen.

Die Hotelbesitzer und die Reichstaugler. In Braunschweig tagte am 7. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung des internationalen Vereins der Gasthofbesitzer, dessen Mitglieder hauptsächlich die großen Hotel- und Restaurationbesitzer sind. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war: „Die Festschließung und Hebung der Preise und die dadurch bedingte Erhöhung der Preise im Hotels- und Restaurationsgewerbe. Nach einem Referat wurde beschlossen, eine Erhöhung der Preise im Hotels- und Restaurationsgewerbe um 20 bis 30 Prozent durchzuführen. - Die verheißene Politik der Bölow und Robbielst geht immer weitere Kreise in Mitteldeutschland.

Schon wieder neue Uniformen. Die neuen graugrünen Uniformen, die probeweise bereits von zwei Flügeladjutanten des Kaisers und anderen Offizieren sowie Mannschaften getragen werden, sollen, wie die „Dnyr. Ztg.“ mitteilt, für die ganze Armee eingeführt werden. Das sei schon im Prinzip beschlossen worden. Wahrscheinlich wird die Beschaffung zunächst für den Felddienst teilweise schon im nächsten Jahre durchgeföhrt werden, während man für den übrigen Dienst die bisherige Kleidung beibehält, so lange die Vorräte reichen. Die Artillerie soll gleichfalls die neue Farbe erhalten, während über die Umformierung der Kavallerie usw. noch keine Entscheidung getroffen wurde. Es besteht jedenfalls eine starke Strömung in der Armee, die einer Umbekeitsavallerie das Wort redet.

Ein neuer Vorkämpfer. Dem Reichstag ist vor bereits im vorigen Jahre eingebrachte Antrag Nierenhausen betreffend den Entwurf des Brimlittengesetzes für das Deutsche Reich, abgeändert nach den Beschlüssen der Kommission zugegangen. Der Antrag wird unterstützt von den Konservativen, Freikonservativen, Zentrum und Nationalliberalen.

Die Reichstagswahlwahl für den Abg. Spahn, dessen Mandat für Bonn infolge der Ernennung Spahns zum Oberlandesgerichtspräsidenten erloschen ist, wird der „Köln. Ztg.“ zufolge am 17. Januar stattfinden.

Bei der Reichstagswahlwahl im 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis wurden nach den bis Vormittags 11 Uhr gezählten Stimmen abzugeben: für Vockelmann (Reichspartei) 8776, Strube (freisinnig) 4290 und Weinheber (Sozialdemokrat) 8922 Stimmen.

W-fängnisreform. Der oldenburgische Justizminister Rath hat dem Ministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Gefängnisstrafvollzug des Großherzogtums neu regeln soll.

Ausland.

Die Sozialdemokratie als Gott des Weltfriedens. Nach der Verlegung der Interpellation Faure wird die Beratung der Interpellation betreffend die Arbeitsbüroe in der französischen Kammer wieder aufgenommen. Zevacs (Soz.) versichert, daß seine Partei patriotisch gestimmt sei und sagt: „Wir achten das Vaterland Schillers und Goethes ebenso, wie wir das Vaterland Victor Hugo's, Voltaires und Rousseaus nicht unterdrücken lassen werden.“ Der Redner erinnert dann an die Haltung der Sozialisten im Jahre 1870 und erklärt, Defektion vor dem Feinde werde von den Sozialisten nicht gebilligt. Laflotte (Antifemist) fragt, ob die Sozialisten nicht allein die internationale Doktrin zurückgewiesen, sondern auch die Hilfe derjenigen abgelehnt haben, die sich zu dieser Doktrin bekennen. Zevacs (Soz.) erwidert, das Ziel der Sozialisten sei, den Zusammenhalt und die Tätigkeit der Proletarier aller Länder zu fördern, um den Krieg zu vermeiden und eine systematische Schiedsgerichtsbarkeit herbeizuföhren. Redner erinnert an die Reise des deutschen Kaisers nach Tanger, die gegen den einstimmigen Willen aller Länder Europas, der Prolog zu dem europäischen Drama gewesen sei, das eine Erneuerung der Kämpfe zwischen Deutschland und England und Frankreichs herbeizuföhren werde. Die Arbeiterklasse werde erdrückt von so viel Lasten und suche natürlich die Gesähe zu befreiten. Das Proletariat wolle dem Kapital und der Autokratie ihrzepter entreißen und ihre erdrückende Macht. Die Organisation der Proletarier sei eine nationale und eine internationale. Der Wille des Proletariats habe nicht die Macht gehabt, das Drama von 1870 zu verhindern, seitdem aber bilde das europäische Proletariat eine Macht des Weltgewichts, auf die man rechnen dürfe. Das englische Proletariat würde in vollem Ausmaß eine Macht des Friedens sein. Selbst das russische

Proletariat beginne sein Recht zu fordern. In Österreich sei es ebenso. Was Deutschland anbetrifft, so entspricht die Macht seines Proletariats nicht der Zahl dieses Proletariats. Jedoch aber, wenn das Völkchen Europas in Gefahr gewesen sei, habe die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden gekämpft.

Nächstes bezieht sich auf die Politik der deutschen Sozialisten, die mehr und mehr zu einem Stadium der Propaganda und der Tätigkeit übergehen. Auf dem Kongress in Wien habe man zum ersten Mal von einem allgemeinen Aufruf in Deutschland gesprochen; in Dresden hätten die Arbeiter zum ersten Mal in den Straßen das allgemeine Stimmrecht verlangt. Das ist, führt Jaures fort, ein Schritt, der aus ganz Europa wehe. Von jetzt an organisiert sich das Proletariat von einem Ende Europas bis zum anderen, von Petersburg und Moskau bis London über Berlin, und will eine Garantie für den Frieden werden. Wie groß auch die Schwierigkeiten zur Welt noch sein mögen, ich hoffe mit Ihnen allen, daß der Friede erhalten bleiben möge. Zwischen Frankreich und England waren die Beziehungen vor einigen Jahren nicht weniger gespannt als sie gegenwärtig zwischen Deutschland und England sind. Dieser Antagonismus ist beseitigt und vergessen. Warum sollte der Konflikt zwischen England und Deutschland nicht abgewendet werden? Der deutsche Volkshäupter in London, Graf Wolff Meiternich, hat erklärt, daß ein solcher Konflikt eine verbrecherische Torheit wäre. Die englischen und deutschen Proletariate denken ebenso. (Beifall.) Darauf wird die weitere Beratung auf Freitag verlagert.

Landarbeiterbewegung in Italien. Am Freitag begann in Rom der erste Kongress der Landarbeiter der römischen Campagna und des Sabinerlandes zum Zweck der Abschaffung der alten feudalen Privilegien auf Kosten des Gemeinlandes. Der Kongress dauert zwei Tage. In der ersten Campagna erfolgten Demonstrationen und Anschläge auf Landarbeiter. In Ancona begannen Demonstrationen und Anschläge des niederen Volkes gegen die Verteuerung der Lebensmittel. Die Garnison wurde vertrieben, als heute die Unruhen sich wiederholten. 82 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Kalkulation für die Partei und die Arbeiterpresse hat in umfassendem Maße die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Hamburg unternommen. Die Umfrage erstreckte sich über Hamburg-Altona-Wandsbeck-Wilhelmsburg-Neudorf und hatte folgendes vorläufige Ergebnis:

Bekannt wurden Personen	8894
Geantwortet haben	3994
Mitglied der Partei waren	1842
Nichtmitglieder der Partei waren	3052
Für die Partei gewonnen wurden	506
Den Parteitag abgelehnt haben	1565
Leser des „Echo“ bzw. Volksblatt waren	2932
Kein Parteiblatz bzw. ein gewerkschaftliches lasen	971
Als Abonnenten gewonnen wurden	190
Das Abonnement abgelehnt haben	761

Sehr viele der Befragten antworteten, sie würden gerne der Partei beitreten und das „Echo“, dessen Abonnementpreis 3,00 Mk. beträgt, besitzen, der liberale und gerechte Verdienst hindere sie aber daran, diese Pflicht zu erfüllen. (Auf den Werken werden bekanntlich bei der kurzen Arbeitszeit Stundenlöhne von 30 bis 35 Pf. gezahlt.) Die Statistik, welche alljährlich wiederholt werden soll, zeigt, daß noch ein weites Arbeitsfeld für unsere Genossen vorhanden ist.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Dezember.

Der Stadtverordneten-Versammlung.

Die am Donnerstag noch einmal vor Weihnachten tagen soll, ist bekanntlich der ganze Wunschzettel der letzten Sitzung übrig geblieben, dazu sind noch folgende Vorlagen eingegangen: Die Geschäftsamweisung der Markthallenkommission; Antrag auf Erwerb von Land vor den Häusern Tiergartenstraße 42 bis 48; Gutachten des Bau-Ausschusses über die Mehrkosten beim Umbau des Schweidnitzer Kellers und über die Weisener zu den Kosten eines Deiches bei Mansfern; ferner ein Antrag betr. Beiträge der Hausbesitzer zu den Kosten der Kaiserbrücke und noch einige kleinere Vorlagen.

Dreistündiger Stat.-Arbeitstag.

„Wenn die Arbeiter eine Verkürzung des Arbeitstages erreichen, misbrauchen sie das doch nur, um länger in der Schenke zu sitzen.“ Das ist bekanntlich der stete Einwand der oberen Zehntausend gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse auf Eringung einer menschenwürdigen Arbeitszeit. In wie unvergleichlich edlerer Weise die Vertreter von Bildung und Besitz ihre Miße zum Segen der Allgemeinheit zu benutzen wissen, zeigt u. a. ein Inserat in der „Schlesischen Zeitung“, dem Organ der Großgrundbesitzer und Großindustriellen sowie ihrer ärztlichen Trabanten vom 7. d. W. (Nr. 859, fünfter Bogen, Spalte 2). Es lautet:

„In einem geselligen Verein von Herren aus besseren Ständen, in welchem täglich Stat von 5 bis 8 Uhr gespielt wird, sind neue Mitglieder willkommen.“

Täglich drei Stunden! Das sind im Jahre 137 volle Arbeitstage zu acht Stunden, die von diesen Säulen der gesellschaftlichen Ordnung in der geistvollen und nützlichen Tätigkeit des Staatspiels angelegt werden. Als Unterhaltungsstoff dient dabei vermutlich die Faulheit und Begehrlichkeit des Proletariats und die entsetzliche Last der sozialen Gesetzgebung. Die „Schlesische Zeitung“ ist Führerin für die Bestrebungen derjenigen sozial und beruflich minderwertigen Klerikerschaft, die gegen die soziale Gesetzgebung Sturm läuft, weil sie den Charakter der Arbeiter und das Einkommen der Ärzte verschlechtern.

* Vom „Christlichen Kellnerheim“. Wie unsern Lesern bekannt, hat die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag des „Vereins zur Gründung und Erhaltung des christlichen Kellnerheims für die Provinz Schlesien in Breslau“ auf Gewährung einer Beihilfe abgelehnt. Im Vorgrübel der „christlichen“ Vereinstätigkeit unserer Stadtväter hatte man aber schon vorher die Bewilligung in die Welt posant und Flugblätter verbreitet, in welchen mitgeteilt wird, daß die Stadt Breslau 1000 Mk. zum Gründungsfonds beigetragen habe. Unterzeichnet sind die Flugblätter vom Oberpräsidenten Michaelis, Graf Harnack, Sub. theol. Oberbaurat Arnold und Pastor Pöcher. Alle diese Herren haben also ein Flugblatt unterzeichnet, von dem sie wissen mußten, daß es in Bezug auf die Stadt Breslau eine unwarere Behauptung aufstellte!

Der freisinnige Stadtverordnete Arthur Jünger ist gestern Abend nach längerem Krankenlager gestorben. Der Herr Jünger, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, hatte in der Stadt verschiedene Eigenschaften. H. a. befehligte er Jahre lang das Amt des Vorsitzenden der Christenkirche für Kaufleute. Auch auf dem Gebiet der Propaganda für Feuerbekämpfung war er als Vorsitzender der Ortsgruppe des Vereins für Feuerbekämpfung tätig. Als Stadtverordneter gehörte er innerhalb seiner Partei zum am weitesten links stehenden, die auch den sozialdemokratischen Kandidaten nicht ohne weiteres ablehnend gegenübersehen. Bei der Reichstagswahl kandidierte Jünger für die freisinnige Volkspartei im Landkreise Breslau-Neumarkt.

* Verunglückt? Am letzten Sonntag, Vormittags, wurde unter der Königstraße auf dem kleinen Platz, über welches sich das Wasser des Stadtgrabens in die Oder ergießt, die Leiche einer 25 bis 30 Jahre alten weiblichen Person aufgefunden. Die rechte Kopfseite war vollständig zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten sein dürfte. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Person über das Gefändor der Brücke gemorken worden ist. Der Zwischenraum vor dem Brückenspieler bis zu dem Plateau, auf welchem die Leiche lag, beträgt 8 1/2 Meter. Beamte der Kriminal- und Erforschungsstelle waren bald zur Stelle und nahmen den Tatbestand auf. Als zum Eintreffen der Gerichtskommission blieb die Leiche in der ursprünglichen Lage. Die Entferte ist von kleiner Figur und ist mit blauer Wäse und blauem Rock bekleidet. Ein dunkelblauer Hut lag in einiger Entfernung von der Leiche.

Nachträglich wird folgendes bekannt: Die Ermittlungen haben ergeben, daß die noch unbekannt weibliche Person wahrscheinlich nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, sondern daß ein Selbstmord vorliegt. Ein kurz vor 6 Uhr die Straße nach der Königsstraße entlanggehender Promenadenwärtler traf eine weibliche Person, auf welche die Beschreibung der Toten zutrifft, beobachtet, als sie wiederholt den Versuch machte, über den Haun des Stadtgrabens zu steigen. Ein Lehrling, der den Vorkang gleichfalls beobachtet hatte, rief dem Wärtler zu: „Die Frauensperson will sich wohl erlösen?“ Nach Feststimmung durch die Gerichtskommission wurde die Leiche nach der Anatomie geschickt. Angaben zur Feststellung der Unbekannten sind im Zimmer Nr. 82 des Polizeipräsidiums zu machen. Der eine Unterrock, mit dem sie bekleidet war, trägt das Monogramm W. W.

* Ein Hundstich, in ein Säckchen, gez. B. 4, eingehüllt, wurde dieser Tage in einem Garten auf der Märkischenstraße gefunden. Das Fell rührt von einem großen Hunde her; es ist langhaarig und dunkelbraun mit weißer Kehle.

* Feuer. Am 9. d. W. Morgens, wurde die Feuerwehre nach Wolbene Radegasse 17 gerufen, wo auf dem Boden eine Matratze in Brand geraten war. Gestrich war vor Anfunst der Feuerwehre.

* Tödtlich überfahren. Ein 32 Jahre alter Kutscher wurde am 4. d. W. auf der Michaelisstraße überfahren und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er am 7. d. W. im Allerheiligenhospital erliegen ist.

Aus Schlesien und Posen.

Weitere Volkszählungsergebnisse.

	1905 gegen 1900
Landeshut	13,116 weniger 208
Kaufung	3,241 mehr 400
Mit-Pölnig	2,181 „ 167
Schneideberg	5,675 „ 444
Posen	135,743 „ 18,210
Schweidnitzerhöhe (bei Bromberg)	8,029 „ 1,290

Die Ruine der Gröbdtzburg

Die in nächsten Sommer „renovierenden“ Händen verfallen. Der Besitzer der Gröbdtzburger denkt die alteschwäbische Ruine, die bisher einen der Hauptanziehungspunkte des Fremdenverkehrs in Niederschlesien bildete, umbauen zu lassen und zwar nach mittelalterlichem Stile. Die Arbeiten sind einer Baufirma in Goldberg bei einem Kostenaufschlage von 60.000 Mark übertragen worden. Die Bauleitung ist einem Berliner Professor übertragen. Ein Stück mittelalterlicher Romantik wird damit auf immer gerührt, aber auch die Bewohner der nächsten Umgebung werden durch den Umbau nicht wenig geschädigt werden, da sich der Fremdenverkehr in Zukunft natürlich stark vermindern wird.

Gebiet, 11. Dezember. Ein von unseren Genossen eingeleiteter Wahlprotest gegen die Wahl der bürgerlichen Kandidaten in der 3. Wählerabteilung zu Stadtverordneten wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit allen gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten verworfen. Unsere Genossen begründeten den Protest damit, daß in einzelnen Abstimmungsbeurteilen etwa eine Viertelstunde lang je zwei Wähler zu gleicher Zeit bei verschiedenen Wählerkreisen ihre Stimme abgegeben hätten, wodurch es dem Wahlvorstande nicht möglich gewesen sein soll, die Wahl zu überwachen.

Wit dieser Ablehnung der berechtigten Beschwerden unserer Genossen hat sich die Stadtverordnetenversammlung ein „glänzendes Zeugnis“ angedient. Sie brauchte aber nicht anzunehmen, daß sie das letzte Wort in dieser Sache gesprochen habe. Es gibt noch andere Instanzen, die vielleicht weniger auf die bürgerlichen Mandate erpicht sind, als die Stadtväter des Pensionopolis.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Pölnig wurde ein auf der Hedwigstraße wohnender Einwohner von 2 Tischlernefellen jämmerlich ermordet. Er hatte mit den beiden Tischlernefellen Karten gespielt und ihnen dabei etwas Geld abgenommen. Die beiden waren dann etwas früher weggegangen und hatten dem Gewinner aufgelauert, worauf sie ihn dann mit seinem Stock blutig schlugen. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Ein Fuhrwerkbesitzer in Schwientochowitz D. schickte seinen Knecht mit einer Fuhrre Kohlen nach Neutoben. Der Knecht ließ auf dem Rückwege das Gespann in Eintrachtshütte stehen und verschwand mit dem Fuhrroß auf Nimmerwiedersehen. Ein betrunkenen Arbeiter in Woytowitz nach seine Mutter nieder und drohte, seinen Bruder zu erschießen. Er wurde verhaftet. In folge übermäßigen Alkoholgenusses verstarb in Gletowitz auf dem Wege zum Bahnhof ein 49-jähriges Dienstmädchen. In Rabitz (Kreis Pölnig) spielte der 7-jährige Sohn eines Arbeiters in der elterlichen Wohnung mit einem dem Vater gebhörigen Jagdgewehr. Möglich erlud es sich und die ganze Schrotladung drang dem vierjährigen Schwefelchen des Knaben in die Brust. Das Kind brach lautlos zusammen und war auf der Stelle eine Leiche. Ertrunken wurde bei Stenianowitz D. in nächster Nähe der Sahnmarube ein russischer Schmuggler von einem russischen Grenzsolbaten aus Milowitz. Der Schmuggler soll aus Groies bei Bendzin kommen und hat, nach Aussage der beiden anderen entkommenen Schmuggler, seinen zweiten Schmugglerversuch mit dem Tode büßen müssen.

müssen. — Einem Widergeßen, der bei dem Stadtmagistrat in der Wohnung in Arbeit steht und bei diesem auch in der Nacht schlief, wurde auf dem Wege eine Uhr, Ring und 850 Mk. gelohien. Nach ergründet wurde der Arbeiter als 18-jähriger als Diebstahl bei einem Dienstmädchen auf der Halle der Richterstraße an der Straße hinführt wohl des ganzen zu viel gelaut und war auf der Halle eingeschlossen. Als er nach einigen Stunden bemerkt wurde, war er fast erschrocken. Der Diebstahl wurde ihm sofort im Nachhinein bringeu, wo er sich langsam erholt.

Propaganda, 12. Dezember. Auf zur Arbeiterbegehrung mahl! In der besten Dienstadt, den 12. Dezember, Mittags von 12-2 Uhr und Abends von 6-8 Uhr in dem oberen Räumchen des ehemaligen Landratsamtsgebäudes, Wilhelmstraße 60, neben dem Stadttheater, stattfindenden Gewerbebegehrungswahl ist es Pflicht eines jeden Gewerbetreibenden, sich zu beteiligen. Die von den freien Gewerbetreibenden aufgestellten Kandidaten sind folgende:
Johann Meyer, Maurer,
Bruno Bielle, Buchbinder,
Johann Boguslawski, Zimmerer,
Otto Weidau, Arbeiter.

Ständesantliche Nachrichten.

Todesfälle. II. Böttchergefelle Paul Wiesner, 45 Jahre. — Döpler Johann Stationwärter, 47 Jahre. — Hausdiener August Meyer, 49 Jahre. — Arbeiter Hermann Baum 25 Jahre. — Arbeiter des Straßenbahnstellers Ernst Scholz, 8 Monate. — Theaterbühnenarbeiter Adolf Hantke, 38 Jahre. — Erich, Sohn des Arbeiters Heinrich Peter, 1 J. — Wlth., S. d. Bahnstellers Josef Samella, 10 Mon. — Elisabeth Winkler, ohne bel. Stand, 18 J. — Musikdirektin Dora Krenker, 60 J. — Hausbälter Heinrich Maergner, 51 J. — Arbeiterin Rosa Klinger, geb. Weier, 48 J. — Schneidermeister Hermann Tramer, 66 J. — Dekorationsmaler Theodor Hahl, 48 J. — Maria, T. des Arbeiters Ernst Schiele, 10 Mon. — Arbeiter Wilhelm Weich, 89 J. — Rentier Paul Stacks, 54 J. — Adelsheid, T. d. Malerpehlissen Emil Dahr, 1 J. IV. Bew. Maschinenputzer August Zimmermann, geb. Schaar, 49 Jahre. — Erich, Sohn des Kanalarers Eugen John, 4 Mon. — Nigarenmacherin Lucie Zimmermann, geborene Wille, 70 Jahre. — Früherer Zeitungs-Expeditent Albrecht Tischler, 64 Jahre. — Adelsheid, Tochter des Fleischer Paul Wille, 7 Wochen. — Erich, S. des Palastbühnenbesizers Alfred Muralewitsch, 18 J. — Maria, T. des Hausbälters Paul Frey, 1 J. — Arbeiterin Anna Kruppa, 27 J. — Elisabeth, T. des Schneider Josef Domolla, 7 W. — Erich, Schieferbedeckmeister Robert Dachsel, 60 J.

Neueste Nachrichten.

Internationale Solidarität.

Das internationale sozialistische Bureau beschloß, am 22. Januar n. J. eine internationale Sammlung zu veranstalten, deren Ertrag den russischen Revolutionären zuzuführen soll. Die Sammlung wird durch die ganze Welt gehen!

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

10. u. 11. Dezember.	Nachm. 9 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Außwärme (C.)	+ 4,4	+ 8,7	+ 2,2
Außdruck bei 0° (mm)	769,9	762,8	766,3
Dampfdruck (mm)	4,8	5,3	4,8
Dampfättigung (pCt.)	77	88	8,9
Wind (0-12)	NW 4	NW 5	NW 3
Wetter	wolkig	bedekt.	bewölkt.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Klübs; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen“: G. W. Franz Klübs; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul Göbe. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schöng; — Druck von Th. Schöng & M. v. D. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. — Hierzu 1 Beilage.

Nachruf.

Am Sonntag Abend verstarb unser Vorstandsmitglied

Herr Artur Jünger.

Seit Begründung unserer Kasse im Jahre 1884 gehörte der Verstorbene dem Vorstande an und mehr als 15 Jahre stand er als Vorsitzender an ihrer Spitze. Mit grosser Hingabe und unter persönlichen Opfern hat Herr Jünger für die Interessen unserer Kasse und ihrer Mitglieder gewirkt. Seine Tätigkeit sichert ihm ein ehrendes Gedenken!

Der Vorstand der O.-K.-K. für Kaufleute
F. Klübs, Vorsitzender.

Harmonika-Fabrik

und
Musikinstrumenten-Lager
von
J. Plau, Inh. Schütze
Rur Ring 58
empfehlen sein großes Lager 3546
sämtlicher Musikinstrumente.

PALMIN



Feinste Pflanzenbutter
zum Kochen, Braten und Backen

Eröffnung

meiner neu umgebauten Geschäftsräume

Dienstag, den 12. Dezember 1905

mit grosser Geschenkvorteilung.

W. Rahmer, Waldenburg i. Schl., Friedländerstr. 28/29.

8639

Am 8. d. Mts. verschied nach schweren Leiden unser braver Freund und Bundeskassierer

Karl Reichelt.

Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren

Schlesischer Arbeiter-Sängerbund.

3668

Am 8. d. M. verschied unser treuer Saugesbruder und Ausschussmitglied, der **Buchhalter**

Karl Reichelt

im 28. Lebensjahre. [3663]

Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren

Die Ortsgruppe Breslau des Schles. Arbeitersängerbundes.

Freiwillige Gemeinde Breslau.

Unser Mitglied **Karl Reichelt** ist gestorben.

Beerdigung: Montag, den 11. Dezember, Nachmittag 5 Uhr vom Trauerhaus Rossplatz 7. 3666

Am 8. d. Mts. verschied nach einem dreitägigen Krankenlager unser Verbandskollege

Hermann Baum

im blühenden Alter von 6 Jahren 3664

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau.)

Beerdigung: Montag, den 11. Dez., mittags 12¹/₂ Uhr, von Bethesda, Gustav-Freytagstr., nach Gräbschen.

Am 8. d. Mts. verschied unser Mitglied

Hermann Baum

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

In grösster Auswahl

Trauerhüte A. Rosenthal,

Blücherplatz 5. 3661

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Oeffentl. Versammlung

Jedermann, Frauen und Männer willkommen.

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr

im Saale d. Gymnas. z. St. Maria Magdalena (o. d. Magdalenenkirche 4.3)

Tages-Ordnung:

1. Eröffnung: Geheimrath Ober-Belehrungsrat Dr. Michaelis.

2. Vortrag: Prof. Dr. Bonhöffer: **Geschlechtskrankheiten und Erkrankungen des Nervensystems.** [3638]

Wir bitten unsere Mitglieder, auch Nichtmitglieder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. **Der Vorstand.**

Zweiter grosser Experimental-Vortrag

von **Dr. phil. B. Schapire** 3661

vorm. Assistent des Prof. Raoul Pictet

im grossen Saale des Palast-Restaurant

Donnerstag, den 14. Dezember, 8 Uhr abends:

Drahtlose Telegraphie.

Vorführung der neuesten Apparate mit Abstimmungsversuchen, erklärende Experimente aus der Geschichte der Erfindung. Hertz'sche Spiegelversuche, Abfeuerung einer Kanone auf Distanz, optische und akustische Signale auf elektrischem Wege u. s. w.

Preise d. Plätze: I. Platz 2 Mk., II. Platz 1 Mk., Stehpl. 50 Pf.

Vorverkauf bei: **Bial, Freund & Co.** (Inh.: A. Blumenreich).

Neue Schweidnitzerstrasse 16.

Stadt-Theater.

Montag: „Die Geirat wider Willen.“

Dienstag: „Anfang 7 Uhr: „Ergieblich.“

Mittwoch: „Die Jungfrau von Orléans.“

Lobe-Theater.

Montag: „Die Markomanen.“

Dienstag: Die Brüder v. St. Bernhart.

Mittwoch: „Frühlingsluft.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Montag: **Ambolet-Verein.**

Volks-Vorstellung.

Der Raub der Kabinerinnen.

Donnerstag: Gruppe E. 2. Vorstellung: „Die Ausreibung.“

Freitag: Gruppe F. 2. Vorstellung: „Die Ausreibung.“

Liebich's Etablissement

Ada Pagini

und das phänomenale

Dezember-Programm.

Anfang 7¹/₂ Uhr.

Victoria-Theater

(Simonsauer Garten).

2. große internationale

Ringkampf-Konkurrenz

um den

Goldenen Gürtel

von Breslau

sowie um die Prämien von

3000 Mark.

Zom. d. neuen Spezialität.

Preise der Plätze:

Loge 2.—, I. Parquet 1.50,

II. Parquet 1.—, Ref. Platz 60,

Entr. 40 Pf. Anf. 7¹/₂ Uhr.

Wons gült. nur in d. Woche.

Meine Sprechstunden

sind von nun an 3656

7-9 Uhr vormittags,

2-4 Uhr nachmittags,

Sonn- und Feiertags

8-10 Uhr vormittags.

Dr. Gassmann.

Sternstrasse 66.

Pfänder-Auktion.

Donnerstag, 14. Dezember.

Leihamt Hirschstr. 78.

E. Keller. 3658

Gebrauchte Kinderwagen laut

Wahler, Gartenstr. 38.

Kaufgebr. Schränke, Kommod.

Zofas, Bettstellen, u. Stuben-

einrichtungen, ges. sofort. Zahlung.

Wahler, Gartenstr. 38

Gebr. Hobelbänke, jeden Posten

Zirkelwerkzeuge, ganze Werkf.

laut **Wahler, Gartenstr. 38.**

Feuerversicherung

sowie Lebensversicherung auch

für Kinder, vermittelt 1744

Ernst Zahn,

Ritterplatz 5, III.

Pfandleihe Münzstr. 2. C. Freundt.

3660

Naether's Reform-

Kinderstuhl!

Ungekloppt u. gross, Tisch u. mit Spinnvorz. Nur Naether's neue verstellb. Reinstühle und selbstthät. Verschlüsse bieten absolute Sicherheit bei jedem Gebrauch.

Herrenkleider u. Kind. od. d. Tisch u. gross. Herren- od. Damen- od. Nachtblind. d. Boden. Jede besorg. Mutter verl. andr. Naether's Kinderst. Das Beste w. exist. Man prüf!

„Es wird hiermit bekannt gemacht.“

Unter dieser missbräuchlichen offiziellen Ansprache an die Leser, erklären die bekannten Seifen-Fabrikanten in gepressten Annoncen, daß sie wegen unserer Abwehr vom 25. November gerichtliche Schritte gegen die Firma „Gebr. Wolzendorf“ eingeleitet haben, obwohl sie vorher bereits erklärten, nichts mehr erklären zu wollen.

Einstweilen trösteten sie sich mit der absichtlichen Verhöhnung unserer handelsgerichtlich eingetragenen Firma, die sie in unbeantwortet geliebener Zuschrift an uns richtig zu schreiben gelernt haben.

Von der „praktischen Hausfrau“ und der „Oeffentlichkeit“ wollen sie jetzt also nichts mehr wissen und die Erklärung soll nur dazu dienen, sich weniger unethisch aus dem für sie unglücklichen Feldzuge zurückzuziehen.

Wir antworten: Diejen Schritte setzen wir mit Seelenruhe entgegen, denn unter dem Schutze des bekannten § 193 stehend, sind wir begierig darauf, im Interesse der „praktischen Hausfrau“ und der „Oeffentlichkeit“ für unsere Behauptungen den Beweis der Wahrheit anzutreten. Dagegen werden jene Seifen-Fabrikanten unsere Klage wegen Verleumdung, sowie auf Schadenersatz und wegen unlauterem Wettbewerb wahrscheinlich weniger mit Ruhe und Sicherheit entgegengenommen haben bezw. entgegennehmen.

Wohl selten ist ein dreisterer, unlauterer Wettbewerb betrieben, wie in dem von uns gezeigten Falle und was wir gesagt haben, halten wir nach wie vor aufrecht.

Wenn schon aus Versehen diese Seifen-Fabrikanten andere, bessere Seifen, wie die an die Detailgeschäfte geliefert, zur Untersuchung hingetragen haben und wenn schon aus Versehen bei der Analyse das Kartoffelmehl und Cocosöl nicht gefunden, oder beides verwechsellich verschwiegen oder als Del und Fett angedeutet wurde, so wählten jene Fabrikanten doch am besten, welche Mengen dieser und anderer Bestandteile außer Oelen, Fetten und Alkalien sie in die Siebessel hineinschütten liessen und sie dürften nicht wissenschaftlich falsche Analysen für ihre laute Reklame benutzen.

Zum mindesten hätten sie uns dabei in Ruhe lassen und nicht auch noch über unsere „Mehinische“ herfallen und falsche Qualitäten veröffentlichen sollen. Wir müssen doch selbst am besten wissen, was wir in unsere Siebessel hineintun.

Schon mancher ging nach Wolle und kam selber geschoren nach Hause! Die „praktische Hausfrau“ und die „Oeffentlichkeit“ lehnt jede Bevormundung im Interesse jener Seifen-Fabrikanten ab.

Tatsachen beweisen: Man vergleiche seine Gardinen-, Leib-, Bett- und Tischwäsche, welche mit den bisherigen von uns gekennzeichneten Seifen und solche Wäsche, welche mit „Mehinische“ gewaschen ist. Dabei wird man sich überzeugen, daß die mit „Mehinische“ gewaschene Wäsche ebenso klar gewaschen ist und derselben der ebenso charakteristische, erfrischende Wäsche-geruch anhaftet, der aus der Reinheit so wohlthuend in Erinnerung ist, wenn wir uns über Großmutter's geöffnete, große, eichene Wäschekiste beugen. Damals riechte die angehaufte Wäsche auf Lebenszeit und wurde noch vererbt und sie wird es auch wieder, wenn sie dauernd nur mit „Mehinische“ gewaschen wird. Dann wird man nicht der Wäscherin und den Wäscherinnen ungerechte Vorhaltungen machen, daß sie die Wäsche durch heimliches Zutun von scharfen Bestandteilen zerstören, vergarben und mit einem widerlichen Geruch verunreinigen. Auch wird man sich überzeugen, daß die Gewebe heutzutage ebenso dauerhaft sind, wie früher und bei Waschanstalten, welche häufig Prozesse wegen Erstattung von Schadenersatz für zerstörte Wäsche führten, werden bei Verwendung von „Mehinische“ diese Prozesse aufhören.

Vor denjenigen Seifen, die schneeweiße Wäsche machen, wird gewarnt.

Breslau - Gräbschen, den 9. Dezember 1905. 3667

Chemische Fabrik Gräbschen, Gebrüder Wolzendorf.

Tafelbutter

hervorragend allerfeinsten Qualität

das Pfund nur **1.25 Mk.**

empfiehlt täglich frisch der kleine Laden

3 Ring 3

3660 A. Belanger.

5 Wia. - Sumatra - Zigarren

praktische Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack

100 2 Wia., 250 Wia., 3 Wia. bis 5 Wia.

empfiehlt gegen Nachnahme 2120

Zigarren-Fabrik E. Lampke.

Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:

Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.

Filialen: Matthiasstr. 16, Ecke Schottkastr.,

Hummerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstr. 15, Klosterstr. 77.

Stamm-Seidel, Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel,

in grosser Auswahl empfiehlt

Otto Miksch,

Kupferschmiede-Strasse 47.

Reinhold Richter's

Getreide Korn-Brennerei,

Breslau, Matthiasstr. 149, Werberstr. 43 (Telephon 8717)

empfiehlt ihren anerkannt guten Korn in Gebinden und Flaschen, sowie den

rühmlichst bekannten Kraft-Korn.

Metallwarenfabrik

Georg Frey & Co.

Unser verehrl. Kundschaft zur gefl. Kenntnis, dass ungeachtet des entstandenen Brandschadens unser Betrieb im vollen Umfange sortgeführt wird und bitten nach wie vor um Ueberweisung der geschätzten Aufträge. 3663

Schuss-Zigarren!

Sumatra	10 St. 30 &
10 "	40 &
Vorflandland	10 " 40 &
Sumatra	10 " 50 &
Mexiko	10 " 50 &
Sumatra F.	10 " 60 &

Zigaretten, größte Auswahl.

Parte Sienekorb. 1000

Carl Kitzler, Gräbschenstr. 8

vis-à-vis Trelenberg

geöffnet von 5¹/₂ Uhr früh.

Gleiches Wahlrecht!

hat jeder Arbeiter, Kaufmann oder Beamte beim Einkauf in meiner Fabrik 3617

Reuschestr. No. 47/48.

Herren-Anzüge von 8 Mk. an

Herren-Winterjoppen von 4¹/₂ Mk. an

Herren-Hosen von 2 Mk. an

Leibchenhosen von 50 Pf. an

Paletots, Knabenjoppen, Knabenanzüge spottbillig.

Nur Reuschestr. 47/48 in der Fabrik. Kein Laden.

Robert Lippmann, Reuschestr. 47/48

Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik

Massachen bei geringem Aufschlag.

Buchhandlung Volkswacht.

Der Leipziger Buchver-

rathspruch, 20 Heft à 0.20

3660

C. O. Kornmann

3 Taschenstr. 3.

kauft man am vorteilhaftesten von **4,00** an bei 3637

An die Tabakarbeiter Deutschlands!

Die Vorlage der Reichsregierung über die Tabaksteuer ist dem deutschen Reichstag zugegangen. Jetzt wird es Ernst und zwar höchster Ernst, denn die Vorlage hat die schärfsten Erwartungen, die schärfsten Besorgungen, weit übertraffen. Diese Vorlage bedeutet nichts weniger als den Untergang der gesamten Kleinbetriebe in der Zigarren- und Zigaretten-Industrie.

Einen Entwurf in der Gärte, wie er jetzt vorliegt, hätte wohl niemand erwartet, niemand der Reichsregierung solche lächerlichen Wagemut zugebracht. Viele, viele Tausende von bisher schon schlecht genährten, weit schlecht ernährten Arbeitern werden bei Annahme dieser Vorlage dem Elend, der Arbeitslosigkeit überliefert, auf die Landstraße geschoben.

Rechnet die Regierung doch schon selbst mit einem gewaltigen Rückgang der Industrie. In der Zigarettenbranche, wo sie selbst den jährlichen Verbrauch gegenwärtig auf 4 1/2 Milliarden schätzt, und die Reinerlöse nach der jetzigen Vorlage 11-12 Millionen betragen würde, stellt die Regierung nur 3 Millionen in den Etat ein. Das ist doch wohl ein Argument gegen die Regierungspolizei, wie es überzeugender nicht von dem schärfsten Gegner der Tabaksteuer-Verhinderung vorgebracht werden kann. Der Rückgang des Konsums, an der Hand der Regierungsvorlage, würde die billige Zigarette, die 5 Pfennig-Zigarette ganz verdrängen und durch diesen Minderkonsum eine Profitschwächung von über 80,000 Arbeitern bedeuten!

Die Wirkung eines solchen Experimentes muß entsetzlich sein. 80,000 Arbeiter der Not preisgegeben. Angesichts der unerschwinglichen Lebenspreise, angesichts des in einigen Wochen eintretenden Vollstarfs wird dem deutschen Tabakarbeiter ein solches Weihnachtsgeschenk unter dem Christbaum gelegt!

Tabakarbeiter allerorts, aller Branchen! Jetzt ist es die höchste Zeit, sich gegen diese Vorlage zur Wehr zu setzen, allerorts, wo dieses bis jetzt nicht geschehen, Versammlungen einzuberufen, dort Kommissionen zu wählen, die Aufbringung von Geldmitteln vorzunehmen, die Agitation in die entlegensten Orte zu tragen, die Lässigen und Gleichgültigen aufzuwecken, ihnen die Gefahr klar zu machen, welche die ganze Industrie bedroht. Jeder muß ein Agitator sein, um dieses Steuerprojekt zu Falle bringen zu helfen!

Jetzt, wo die Steuerentwürfe erschienen, haben die Tabakarbeiter durch ihre Kommissionen an den Reichstagsabgeordneten ihres Kreises, an die Abgeordneten aller Parteien heranzutreten, sie zu fragen, wie sie sich dieser Vorlage gegenüber verhalten werden, wie sie ihr Mandat als „Volksvertreter“ auszuüben gedenken. Jetzt ihnen eure traurige Lage, die Erbarmlichkeit eurer Verhältnisse; sie können und dürfen sich nicht zum Wilschuldigen an der Vernichtung der Tabakindustrie machen. Dieses Herantreten an die einzelnen Abgeordneten, gleichviel welcher Partei, hat im Jahre 1893 sehr gute Erfolge gezeigt; die Abwehr der damaligen Steuer-Vorlagen von 1891 bis 1895 ist zum großen Teil diesem Vorgehen mit zu verdanken gewesen.

Kollegen Deutschlands! Aus Wert, beruft Versammlungen ein, sammelt Geldmittel, tretet ein in die Agitation gegen die vorkommende Vorlage der Regierung!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
H. M. Karl Dühr.

Die Revolution in Russland.

Die Militär-Aufstände.

Eine Vorstellung von dem Umfang der aufrührerischen Bewegung in Militär gewinnt man, so schreibt der Korrespondent der „Eckler. Ztg.“, wenn man sich vergegenwärtigt, an wie vielen Garnisonorten nach dem Drama von Sebastopol nun noch weitere

Unruhen stattgefunden haben; Wie zählen die bisher bekannt gewordenen Orte auf: Petersburg (wo heute, als neueste Erscheinung, die Soldaten des Alexander-Newski-Infanterie-Regiments offen in der sozialistischen Presse ihre Forderungen aufstellen und die Drohung, ihre Gehalt sei erschöpft, laut werden lassen), in Kasloje-Sielo, Riga und Reval, Wiborg, Warschau, Oskolenka, Wolkowisch, Sosnowice, Kiow, Odessa, Jekaterinow, Noworossissk und in mehreren mittelasiatischen Garnisonen. Die Nachricht, daß der rebellische Geist auch die Truppen auf dem ehemaligen Kriegsschauplatz ergriffen habe, wird jetzt von vielen Seiten bestätigt und auch in der Ministerialkorrespondenz für zureichend erklärt. Daran liegt es denn auch zum Teil, daß man mit der Rückbeförderung der manövrierenden Truppen keine Eile hat. Auf die in Petersburg zusammengeworrenen Truppen scheint sich die Regierung mit Recht verlassen zu dürfen, d. h. auf die meisten von ihnen, sofern es auf die Kasloje, das Semerow'sche Leibregiment und die Infanterie ankommt. Doch selbst in dem allerbesten Semerow'schen Regiment gärt es schon, und ferner bleibt zu bedenken, daß die Mannschaften im Falle neuer Zusammenstöße mit dem Publikum sich doch nach den Befehlen ihrer Offiziere richten werden. Von diesen dürfte jedoch unter den heutigen Verhältnissen nur ein kleiner Teil auf das Volk treten können. Gibt es doch Dokumente, auf denen sich Offiziere schriftlich mit ihrem Ehrenwort verpflichtet haben, den Volk zum Feind unter keinen Umständen zu werden.

Am Donnerstag erhielten die Matrosen der vierzehnten Flottenequipage in Petersburg Befehl, sich nach Kronstadt zu begeben. Sie weigerten sich, dem Befehle nachzukommen. Die Admirale Bartolomewitsch und Pjetermiller ermahnten die Matrosen zum Gehorsam, jedoch ohne Erfolg. Die Matrosen sandten hierauf eine Deputation an die achtzehnte Flottenequipage mit der Bitte, sich dem Protest anzuschließen. Infolge der Ermahnung der Offiziere zur Treue und Pflichterfüllung wurde jedoch die Auforderung abgelehnt; die Matrosen der achtzehnten Equipage verweigerten sich abhandeln, um zu verhindern, daß die vierzehnte Equipage zu ihnen einbringe. Um 3 Uhr Morgens wurden die Kommanden der Equipagen und der umliegenden Straßen von Truppen umringelt und die Matrosen abhandeln in Booten nach Kronstadt geschickt. Sie werden dort Dienst in den Forts tun.

Das neue Pressegesetz.

Ein kaiserlicher Ukas enthält provisorische Verordnungen für die periodisch erscheinende Presse. Dieselben haben folgenden Inhalt:

Die allgemeine und besondere Devisenkontrollen für periodisch erscheinende Publikationen, Zeitschriften und Hefenblätter wird abgeändert. Zukunfts sind Publikationen, welche auf dem Lande erscheinen. Die administrativen Maßnahmen und Bestrafungen für periodisch erscheinende Publikationen werden abgeändert. Die Verantwortlichkeit für Verbrechen soll lediglich durch die Veröffentlichung oder Verbreitung von Fälschungen, die die Regierung betreffen, zu verhängen, wird aufgehoben. Schließlich wird eine lange Reihe besonderer Fälle angedeutet, die gerichtliche Verfolgungen nach sich ziehen. Die angebotenen Strafen bewegen sich zwischen Geldstrafe von 300 Rubeln und Gefängnisstrafe oder Deportation.

Die Warschauer Zeitungen haben nach dem „Bureau Verob“ vom Generalgouverneur Befehl erhalten, sich wieder der Zensur zu unterwerfen. Sonst würde ihr Erscheinen verboten werden. Die Redaktionen haben aber beschlossen, sich dem Befehl zu widersetzen.

Der Post- und Telegraphenstreik.

In einer Versammlung der ausländischen Telegraphen- und Postbeamten wurde beschlossen, im Ausstand zu verharren, bis der Verband anerkannt und die verlangten Forderungen erfüllt seien.

Die Küche des Zaren.

Sehr ergötzlich ist die Meldung, daß die Streikbewegung sich bereits bis ins Schloß des Zaren ausgedehnt hat. In Kasloje-Sielo ist im Palais des Zaren ein Streik unter den Bedienten, Köchen und anderen Angestellten ausgebrochen; sie verlangen Er-

höhung der Löhne. Der Minister des Hofes hat alle Forderungen der Streikenden bewilligt.

Die Idee der Abberufung durch Ausbürgerung zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen, bringt eine neue Farbe in das Bild der russischen Revolution.

Aus dem Reich.

Gerüchte über eine geplante Gegenrevolution durch Ausbürgerung in den letzten Tagen besonders hartnäckig die Reichsregierung. Die militärischen Behörden sind energisch bemüht, die Truppen durch die Militärgesetzlichkeit an ihre Pflichten zu erinnern zu lassen. Das Wort Militärdiktatur wird immer häufiger vernommen.

Die Stellung Witte's ist anscheinend bis jetzt unverändert. Die Stunde seines Rücktritts hat trotz gegenteiliger Versicherung bis jetzt nicht geschlagen. „Russk“ meldet heute sogar, daß die Witte und dem Minister des Innern Turnowski eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Witte habe gestern beabsichtigt beim Kaiser die Entlassung Turnowski's anzuregen. Der Ausstand laut sichtlich ab. Der telegraphische Dienst, auch im Innern, versagt noch.

In der Provinz scheinen sich unterdessen wichtige Ereignisse abzuzugieren. Nachrichten darüber sind spärlich und unzuverlässig. Klar ist nur, daß die Meuterei der Truppen fortgeschritten. Gestern waren beinahe unter den Petersburger 44. und 18. Flottenequipage, die nach Kronstadt gebracht werden sollten, Unruhen ausgebrochen. Die Matrosen weigerten sich kategorisch, solange Kronstadt sich in Kriegszustand befindet, dem Befehle nachzukommen. Der Zwischenfall endete mit der Zurückziehung der Kasernen umgebenden Truppen. Die Matrosen blieben in St. Petersburg. Nach Mitternachtsmeldungen soll in Riga bei den Regimentern Masina und Tschorski Unruhen ausgebrochen sein. Die Forderungen der Truppen um Verbesserung ihrer Lage wurden gewährt.

Meuterei in der Wandschurck.

Nach Meldungen aus Tokio besteht allgemeine Verwirrung in Charbin. 10,000 Mann russische Truppen sind in Aufruhr und nicht zu bändigen. Die chinesischen Geschäfte in Charbin wurden ausgedehnt und niedergebrannt. Auch eine Regierungsfabrik wurde von den Meuterern zerstört. Man hat eine neue Verleumdung in Charbin entdeckt, und zwar sind die Mörder der Offiziere, die eine allgemeine Erhebung der Truppen gegen den Oberbefehlshaber zustande bringen wollten. Die Truppen werden durch aufbegehrende Volksmengen und Proklamationen, welche aus Moskau nach Charbin geschickt wurden, mit revolutionären Gedanken erfüllt.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung. Sonnabend, den 9. Dezember, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst Bülow, Graf Posadowsky, Hr. v. Stengel, Hr. v. Richthofen, v. Einem.

Die Generaldebatte über den Etat, die Flottenvorlage und die Finanzreform wird fortgesetzt.

Hg. Baffermann (nationalliberal):

Eine gewisse Isolierung Deutschlands in der Welt ist unvermeidbar. England misgünstig uns in unseren wirtschaftlichen Aufschwung, und der Einfluß seines Geldes, seiner Presse und seiner Diplomatie ist sehr bedeutend. So hat es uns bei Frankreich und bei einer Reihe kleinerer Staaten als Störenfried und Aufwiegler verächtlich. Dabei wollen wir uns unsere steigende Bevölkerungszahl friedliche Tätigkeitsfelder eröffnen, ohne uns von England vorzeichnen zu lassen, wie weit wir Interessen im Auslande haben und wie weit wir unsere Rechte ausbauen sollen. (Beifall.) Der Wechsel liefert reichlich der deutschfeindlichen Presse Englands noch die Argumente. Darum findet er auch nirgends, nicht einmal in der Unwissenheit der Bürger-

Von den Himmelererscheinungen im Dezember.

Von Georg Kästner in Bremen.

(Nachdruck verboten.)

Mit dem Dezembermonat treten wir in den Teil des Jahres ein, in welchem unser Zentralgestirn, die Sonne, unsere Weiten am stärksten erleuchtet. Während der Dauer des Herbstes sind es vom 21. September bis 21. Dezember, letzterer Tag ist eingeschlossen, im ganzen 89 Tage, während welcher wir uns des Sonnenlichtes erfreuen können. Wohlwollender Himmel vorausgesetzt, sendet die Sonne aber während dieser ganzen Zeit Berlin nur 650 Stunden lang ihre lebenspendende Wärme zu. Während unter den Wendezeiten die Stundenzahl, in der die Sonne den dortigen Erdteilen ihre Wärme und Licht zustrahlt, im Laufe der Jahreszeiten noch nicht so beträchtlich schwankt, daß eine merkliche Verschiebung des organischen Lebens dadurch eintritt, werden die Unterschiede nach den Polen hin bald so groß, daß eine große Anzahl von Pflanzen auch während der wärmeren Jahreszeit nicht genügend Licht und Wärme erhalten, um gedeihen oder gar ihre Früchte zur Reife bringen zu können. Die Grenze der immergrünen Laubbücher reicht in Europa am weitesten nach Norden hinauf, etwa bis in die Nähe von Venedig, also bis zum 45. Breitengrade. Der Weinbau könnte vielleicht noch in Berlin gedeihen, Obst und Weizen in Schweden noch unter dem 63. Breitengrade. Die Karstbäche erreicht nur noch die bescheidene Höhe, die Gesteine sind schon vorher nicht mehr, sie wird nur noch von Moosen und Farne überholt, die in Nordamerika sich bis zum 72. Breitengrade gegen den Pol emporkriegen. Die Verbreitungszone (in Pflanzen gemeint) und die Verbreitungsregionen (nach Breitengraden gemessen), also die Verbreitung des vegetabilischen Lebens überhaupt, richtet sich natürlich nicht allein nach der Sonnenbestrahlung der betreffenden Erde; es ist ohne weiteres klar, daß noch viele andere Faktoren bestimmend mitwirken, so die Bodenbeschaffenheit, die Feuchtigkeit der Atmosphäre, die Windverhältnisse und dergleichen mehr. Die Vegetationsverhältnisse wird zugleich auch durch die absolute Höhe des Standortes bedingt, und das Pflanzenleben der heißen Zone ist ein anderes, als das der gemäßigten Zone; das ewige Grün der Nichten und Tannen erstreckt sich noch weit in die kalte Zone hinein, wo schließlich die vegetabilischen Schätze, wie sie sich in den Tropen finden, an der Schneegrenze in niedrigen Moosen und Flechten enden. Während die Bestrahlung im Laufe unseres Herbstes in den Äquatorgegenden fast 1068

Stunden, die Hälfte der ganzen Zeit dauert, nimmt sie in den höheren Breiten rapide ab, und hört über dem 67. Breitengrad hinaus überhaupt auf, so daß dort jetzt weder Wärme noch Licht auf die Erde niederfällt. Die Dämmerung bewirkt aber, daß noch bis zum 83. Breitengrad zerstreutes Licht hinauf dringt, jedoch erst darüber hinaus bis zum Pol dunkle Nacht herrscht. Solange sich die Sonne zwischen ihrer äußersten nördlichen Abweichung vom Äquator um 23 1/2 Grad und einer solchen von 18 Grad befindet, vermag auch nicht einmal vermöge der Lichtstreuung in der Atmosphäre ein Lichtschimmer bis zum Nordpol heranzudringen. In diesen Breiten weilt die Sonne etwa vom 18. November bis Ende Januar; innerhalb mittlerer Sonnentage herrscht also vom 83. Breitengrad bis zum Pol finstere Nacht. Dann beginnt die erste Dämmerung, die bis zur Frühlingsschwärze am 21. März anhält, wo sich die Sonne dann zugleich mit ihrem Eintritt in den Äquator auch nach halbjähriger Abwesenheit wieder über dem Pole erhebt, um langsam über seinen Horizont bis zur Herbstschwärze hinweg zu kriechen. Selbst bei dieser schrägen Bestrahlung vermag die Sonne hier noch enorme Wärmemengen herbeizustrahlen, die durch ihre Steilheit während der langen Dauer von einem halben Jahre auch dort noch fühlbar und lebenspendend wirken. Die Sonne sinkt dann wieder unter den Horizont hinab, und so geht es jahraus jahrein.

Für den parlamentarischen Hansbater ist der Dezember und der Januar ein Grenzzeit; die Gas- oder Petroleum- und Kohlenrechnungen wachsen auf eine ungeahnte Weise an. Für den Astronomen aber sind diese Monate sehr willkommen. Die langen Abende, die tiefe Dunkelheit der Nächte begünstigen die Beobachtung des gestirnten Himmels sehr ungemein. Mehr und mehr seine Lichtpunkte zeigen sich am Firmamente, in je tieferes Schwarz es gehüllt ist. Die allmählich zunehmende Kälte erhöht den Genuß an dem Anblicke des Himmelsgewölbes noch durch einen besonderen Reiz. Der in der Atmosphäre in Form feiner Tropfen stets vorhandene Wasserdampf erklärt zu feinen Eiszuständen, die wegen ihrer außerordentlichen Kleinheit in der Luft schwebend erhalten werden. An den Ranten dieser zerfallenen brechen sich die von den Sternen uns zugehenden Lichtstrahlen und werden zu einem buntenfarbigen Bande, dem Spektrum, auseinander gezogen. Da aber die höheren Schichten der Atmosphäre immer in starker Bewegung sich befinden, gelangen diese farbigen Bestandteile nacheinander in unser Auge, und bringen in ihm den Eindruck des Funtelns hervor, ein prachtvolles Farbenpiel, das die majestätische Ruhe des Firmaments wunderbar belebt. Besonders sind es die hellen Sterne in der Nähe des Horizonts, die lebhaft blitzen und funkeln; so der Sirius, der sich dadurch als typischer Vertreter der Fixsterne von dem ruhigen Glänzen der Planeten unterscheidet.

Von den Fixsternen zeigen sich in den Abendstunden des Dezember gerade die glänzendsten über unsern Horizont. Besonders im Osten scheint der Himmel seine ganze Pracht auf einen engen Raum zusammenzudrängen. Eine große Zahl heller Sterne finden wir hier vereinigt, der Sirius und hoch über ihm der Prokyon, beide im Besitze des glanzvollsten Sternbildes, des Orion. Etwas höher am Himmel leuchtet das Dreiecksternbild des Stiers mit dem Aldebaran aus der linken Gruppe der Plejaden. Höher am Himmel funkelt der Kapella im Wilde des Fuhrmanns, während wir nach Nordosten zu den Zwillingsternen Raster und Pollux sehen. Im Norden finden wir den kleinen und darunter den großen Wären. Im Nordosten zeigt sich der Kassiopeja, der Schwan mit Deneb, die Veier mit der Wega und der Alder mit dem Altair. Im Westen erblicken wir den Regulus und den Wassertrann, gegen Süden hoch am Himmel Perseus und Andromeda, darunter die Tierkreisbilder Widder und Fische, während das weite doch an hellen Sternen arme Bild des Weisfisches sich am Horizont ausdehnt.

Von den großen Planeten finden wir den der Sonne am nächsten, Merkur im letzten Drittel des Monats als Morgensterne im Bilde des Skorpion. Er ist vor Sonnenaufgang im Südosten bis zu 1/2 Stunden sichtbar. Am 21. Dezember steht er der schmalen Mondichel sehr nahe. — Die Venus nähert sich mehr und mehr der Sonne und ist am Ende des Monats kaum noch eine Viertelstunde sichtbar. — Auch Mars nähert sich der Sonne stetig; dennoch kann er immer noch 3 Stunden vor seinem Untergang Abends beobachtet werden. Am 26. Dezember tritt eine interessante Konstellation ein: Mars steht dem Saturn so nahe, daß sie beide im Gesichtsfelde eines kleinen Fernrohrs gesehen werden können. Ihr Abstand von einander beträgt eine Vollmondsbreite. — Jupiter, dem wie eine größere Betrachtung schon gewidmet haben, ist jetzt am Ende des Monats noch immer 12 Stunden lang am Himmel sichtbar, obwohl er bald nach Beginn des Monats vor Tagesanbruch untergeht, jedoch die Dauer der Sichtbarkeit merklich abnimmt. — Saturn ist nur noch drei Stunden lang am südwestlichen Himmel nach Sonnenuntergang zu sehen und befindet sich Ende des Monats bei Sonnenuntergang bereits im Meridian. Die Ringe schließen sich jetzt immer mehr — sind jedoch im Fernrohr noch immer deutlich zu erkennen. Da die Erde immer mehr in die Stellung der Ringe eintritt, so werden die Ringe immer schmaler.

In den Nächten vom 6. bis 11. Dezember pflegen sich Sternschnuppen zu zeigen, die ihren gemeinsamen Ausgangspunkt im Sternbild der Zwillinge haben.

Die ganz vorzüglichen Berichte des Vorberichts über die feindselige Stimmung vieler englischer Kreise gegen Deutschland...

Die ganz vorzüglichen Berichte des Vorberichts über die feindselige Stimmung vieler englischer Kreise gegen Deutschland...

Das Verständnis für Meer und Flotte ist heute weiter verbreitet als früher. Die Staatsanwaltschaft des Abg. Weber...

Rede Sozialreform ist aber nur möglich, wenn die Sicherung des Landes gewährleistet ist. Russland zeigt uns, wie schwer ein Volk für den Überfall seiner Wurzeln...

Reichsanwalt Herr Bälow:

Ich dank dem Vorredner für den patriotischen Ton seiner Ausführungen, den er auch dort anstimmte, wo er die Politik der Regierung kritisierte...

Sachlich ist nur zu bemerken, daß der bekannte Erlaß des Generalis ausschließlich für die Verträge bestimmt war...

Was die Kolonienfrage betrifft, so haben zu meiner Freude die Redner dreier Parteien sich für dieselbe ausgesprochen...

Widerspruch auf den Voz:

Ich muß mir vorbehalten, die Stimmung in Frankreich ebenso aufzuklären, wie die Stimmung in Deutschland...

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freisinnige Volkspartei)

mir hat der Reichsanwalt vor, auf die Anfragen der verschiedenen Parteien wegen des plötzlichen Reichstagsauflusses...

Elite-Konzert.

So nannte sich zwar die Veranstaltung nicht, welche am Sonntag viele Hunderte von Zuhörern in den großen Konzertsaal...

machte dabei nicht den Eindruck des Abschlüssigen, sondern den einer wirklich mitempfindenden Stimmung. Zum Schluß des Abends...

Aus aller Welt.

Die Volkszählungsergebnisse der deutschen Großstädte haben weitestgehend folgende Differenzen ergeben:

heim: 46,922 (42,973), für Neu-Münster: 31,429 (27,835), für Braubenz: 85,655 (28,631). Die kleinste Stadt Deutschlands ist das Städtchen Hauenstein bei Waldsloh in Bayern...

Der Risikos auf der Kalkbank. Vor der Duisburger Strafkammer stand am letzten Donnerstag der Stationsassistent Emil Bäumer unter Anklage...

lands und des Weltfriedens ausfallen möge. Ebenfalls hoffen wir, daß es den englischen Friedensstrebenden gelingen möge, den Krieg zwischen Deutschland und England zu beenden. Ob die Kolonien der großen Opfer wert sind, die für sie gebracht sind, bezweifeln wir. Die liberale Grundanlage dieser demokratischen Weltpolitik gibt eine vernünftige Handelspolitik, d. h. so ziemlich das Gegenteil der agrarischen Politik unserer Reichsregierung. (Beifall und Zustimmung links.)

Abgeordneter v. Korbhoff (Reichspartei)
Ich für die Verlesung des Protokolls über die Verhandlungen an die Rede des Ministers Reichardts gegen Debel als Broschüre im Bande zu veröffentlichen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Debel kommt heute auf das Verbot der Parteiverammlung zu sprechen. Der Parteivorstand hat der „Vorwärts“-Redaktion vorgeworfen, daß sie Debel ohne seine Zustimmung zum Abdruck des Verbotens aufzufordern habe. Ich glaube sogar, daß Herr Debel nach Rücksprache mit dem Reichsamt für die Presse (bei den Sozialdemokraten) gar nicht so unangenehm war. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wohl in Debel's Antrag gehandelt. Mein, das hat er getan, weil er nicht dulden durfte, daß sich die internationale Sozialdemokratie bei uns breit macht. Ich sehe in dem Verbot der Parteiverammlung den Anfang der starken Hand, wie sie gegen die Sozialdemokratie nötig ist. (Lachen b. d. Soz.) Wenn sich die Verhältnisse bei uns so entwickeln wie in Russland, so würde es in erster Linie zu Judenverfolgungen in den Provinzen kommen. Ich verweise auf Konig. Abg. Debel hat auch reichlich Deutschland den schändlichsten Staat der Welt genannt. (Abg. Debel ruf: Verzeihen mit seinen Händen!) Aber die deutsche Verwaltung, die deutsche Schule und die deutsche Rechtsprechung stehen unerreicht in der Welt da. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Wahlrechtsbewegung, die selber in Baden und Bayern Erfolge erzielt hat, nach Preußen übergriffen würde, so würde das zur Sozialdemokratisierung Deutschlands und zur Republik führen. (Sehr laut b. d. Soz.) Aber die starke Hand des Reichsamt für die Presse möge dies verhindern. Das wolle Gott! (Beif. Beifall rechts, Lachen b. d. Soz.)

Hierauf sprach der Herr Reichardts über den Antrag des Abgeordneten v. Korbhoff: Handelsvertrag mit Bulgarien und Handelsvertrag mit England.
Schluß 6 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

wurden am Sonnabend die beiden Steuererlasse, die Novelle zum Einkommensteuergesetz und das neue Kreis- und Provinzialsteuergesetz, beraten und einer 12gliedrigen Kommission überwiesen. Herr v. Korbhoff, der die Novelle zum Einkommensteuergesetz begründete, hält die von ihm geplante Reform für ein Meisterstück ersten Ranges. Dabei enthält die Vorlage nur einige kleine Steuererleichterungen, wie die größere Abzugsfähigkeit bei großem Kinderlegen. Andererseits aber besteht die Vorlage den Agrariern eine Steuererleichterung, indem sie die Grundbesitzer von allen Lasten für Grundbesitzer- und Gewerbesteuer befreit. Außerdem steht der Einkommensteuer eine Herabsetzung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor. Die Novelle soll übrigens die Verhältnisse nur für die nächste Zeit regeln. Der Minister stellte eine allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer in nicht allzu fernem Anknüpfung als unumgänglich notwendig hin. Die Mehrheit der Abgeordneten war mit den Steuererleichterungen einverstanden, wendete sich aber gegen die Doppelbesteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Von einer allgemeinen Erhöhung der Einkommensteuer will im Reichstagenparlament natürlich niemand etwas wissen.

Das Kreis- und Provinzialabgabengesetz will die Befugnis, die die Kommunen zur Erhebung gewisser Steuern, wie bei der Veräußerung von Grundbesitz, haben, auch den Kreisen und Provinzen zugestehen, und dieser Gedanke wurde von der Mehrheit der Abgeordneten sympathisch aufgenommen.

Montag beginnt die erste Lesung des Volksschulunterrichtsgesetzes.

Partei-Angelegenheiten.

Die Stuttgarter Gemeinderatswahl. Die Gemeinderatswahl endete mit einem vollständigen Siege der zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei vereinbarten Kandidatenliste. Die Koalition von Nationalliberalen, Konservativen und Zentrum ist dank der in diesem Jahre von unseren Genossen eingeschlagenen Taktik glatt aus dem Felde geschlagen und dürfte bei Fortsetzung dieser Taktik in Zukunft niemals mehr Aussicht haben, wieder Erfolg zu erzielen. Die Kandidaten der sozialdemokratisch-sozialistischen Partei erzielten zwischen 1904 und 1903 21 Stimmen, während die vereinigten Reaktionskräfte es nur auf 6634 bis 8313 Stimmen brachten. Unter letzter gewählter Kan-

didat stand der Sozialdemokrat, als der erste durchgeführte Kandidat. Die Wahlbestimmungen sind in der letzten Woche sehr streng. Die Wähler sind sich sehr wohl bewußt, indem sie streng den Parteipolitikern und Parteipolitikern fernhalten und verdammen von der sogenannten Parteipolitikern, welche die sozialdemokratische Parteipolitik betreiben. Die Agitation der letzten Woche wird noch lange nachwirken und wird auch von großem Einfluß in der nächsten Wahlperiode sein. Die Wahlbestimmungen sind so streng wie noch nie. Von anderer Seite kommen Klagen, daß die Wähler, welche die Partei nicht unterstützen, sich nicht im Besitz der Sozialdemokratie befinden.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Arbeiter in den Eisenbahnen hat mit einer Niederlage geendet. In der letzten Versammlung der Eisenbahnen wurde mitgeteilt, daß am Donnerstag Nachmittag eine Kommission, bestehend aus vier Personen, beim Stationschef vorstellig geworden ist, um Aufhebung zu erlangen, welche Schritte der Magistrat getan habe, um von seinem im Vertrag mit der Eisenbahnen festgelegten Recht, nach schuldiger Unterbrechung des Betriebes diesen selbst zu übernehmen Gebrauch zu machen. Die Antwort lautete, daß der Stationschef am Freitag eine Aufforderung gegeben, sofort den vollen Betrieb auf allen Strecken zu eröffnen, daß aber eine Einwirkung dieser Aufforderung auf die angebotene Lage der Eisenbahnen nicht zu erwarten sei. Es wurde der Bestimmungsbau ein längerer Schreiben des Polizeipräsidenten zur Kenntnis gegeben, das Inhalt, daß die Eisenbahndirektion bereits ein ganzes Jahr in den Verhandlungen über den Streik verhandelt hat, in wenigen Tagen den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Trotzdem ist die Direktion bereit, die sich bis 9. Dezember nächsten Monats hinziehen nach Bedarf wieder einstellen kann, vorzuziehen, um bei späterem Bedarf auf diese zurückgreifen zu können. Diese Bedingungen sollten unter den jetzigen Umständen, 855 Mk. Tageslohn, achtstündige Arbeitszeit usw. erfolgen. Mit allen gegen zehn Stimmen wurde beschlossen, sich am Freitagvormittag bedingungslos der Direktion zur Verfügung zu stellen. — Die Eisenbahnen waren in der Mehrzahl unorganisiert. Trotzdem und ungeachtet die Sympathie des Publikums sich in keiner Weise materialisierte, hielten sie weiter stand, bis sie dem Mangel an Mitteln und der Gefahr andauernder Streikbrecher erliegen. Der Kampf hat ihnen aber vor allen Dingen die Notwendigkeit der Organisation gezeigt.

Der Streik der Arbeiter in den Eisenbahnen zu Zwickau ist im Ungunsten der Arbeiter verlaufen. Es haben sich Streikbrecher genug gefunden, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Von den Streikenden sind etwa 60 nicht wieder eingestellt worden, doch soll dies nach und nach gelingen. Die Streikbrecher selbst haben bis auf einige wenige Mann Solidarität bewiesen, doch war der Hohn durch fremde Streikbrecher zu groß.

Wiederum ein Streik im Mühlentrieb. Seit Donnerstag Mittag streiken auf der „Waldschlucht“ bei Annen über hundert Schlepper und Mähdreher. Den Leuten wurde sehr erheblich her Lohn gekürzt, gewisse Arbeiten, die sie sonst bezahlt erhielten, sollen sie jetzt gänzlich unsonst machen. Als sie bei der Betriebsverwaltung um Pardon für die Maßregel vorstellig wurden, wurden sie brüskt zurückgewiesen. Darauf legten sie einmütig die Arbeit nieder. Die Besatzung der Schlepper und Mähdreher, welche die Besatzung bewachen.

Einmalige Schiffbau der „Neptun-Werft“ in Rosdorf sind in den Streik getreten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Dezember.

Die sittenstrenge Polizei.

Der bänische Ingenieur-Deutnant, Herr J. B. Müller, an dessen übergroßer „Nachtzeit“ bei Vorführung seines Gesundheitsystems der Breslauer Polizeipräsident sittlichen Anstoß nahm, ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

„In Verantwortung des Schreibens des Herrn Polizeipräsidenten, veröffentlicht in der „Breslauer Morgenzeitung“ vom 5. d. Mts. erlaube ich mir im Interesse der Wahrheit auf folgendes aufmerksam zu machen.

Es ist bewiesen durch die in meinem früheren Artikel gitterten Depeschen und Schreiben, daß die Breslauer Polizei vier verschiedene Standpunkte nach und nach

in Bezug auf die Verhütung von „Wahl-System“ gehabt hat. Bei den früheren Verhütungen in Deutschland habe ich eine Sabotage verurteilt, die, wie es auch in dem Schreiben der Berliner Polizei ausdrücklich erwähnt ist, „von dem Kaiser bis zu den Reichsämtern“, während dagegen der Polizeipräsident in Berlin verhalten zwei Stunden vor der Verhütung auf diese Weise, ob der Ausgang derselbe sein dürfte wie in Charlottenburg, antwortete: „Nein, Herr Müller soll ausdrücklich angegeben sein, er soll eine Sabotage von den Hülften bis zur Spitze der Oberhäupter tragen“, und er ließ mir gar nicht die Zeit, die Sache näher zu erörtern und zu erklären. Diese Vorschrift des Polizeipräsidenten steht also in Widerspruch mit dem Schreiben der Berliner Polizei, worauf sich der Herr Polizeipräsident beruft. Die Hauptsache ist, daß der Herr Polizeipräsident mir verbieten hat, „Wahl-System“ vorzuführen in demselben Augen, dem ich in allen anderen deutschen Städten und eben auch in Magdeburg und Charlottenburg benutzt habe.

Schachingsvoll

J. B. Müller.

Der Polizeipräsident könnte sich, nebenbei bemerkt, aus so ziemlich der ganzen Presse Deutschlands überzeugen, daß er unsere „Ober-Reisend“ wieder einmal zu einem wenig beneidenswerten Ruhm gebracht hat. Nicht einmal die allzeit hilfsbereite „Schl.“ ist ihm diesmal treu geblieben. Vielleicht hat auch sie diesmal an das bekannte Wort gedacht: „Dem Reinen ist alles rein!“

Von der Kaiserbrücke.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß zu den Kosten der Kaiserbrücke und ihrer Nebenanlagen auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 von denjenigen Grundbesitzern, denen durch die geplante Veranstaltung besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge nach Maßgabe dieser Vorteile erhoben werden.

Der § 9 des Kommunalabgabengesetzes bestimmt in Absatz 1 folgendes:

Die Gemeinden können behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von denjenigen Grundbesitzern und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstaltungen erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.

Die Kaiserbrücke, die in der Richtung der Oberfähre zwischen Ohlau-Ufer und Uferstraße gebaut werden soll, ist unstreitig eine durch das öffentliche Interesse erforderliche Veranstaltung und es ist auch zweifellos, daß durch den Bau dieser Brücke den Eigentümern der umliegenden Grundstücke besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Die Brücke wird das wichtigste Bindeglied in dem künftigen großen Straßenzuge Berliner Chaussee—Friedrich-Wilhelmstraße—Nikolaistraße—Albrechtsstraße—Ohlau-Ufer—Kaiserstraße bilden, sie wird eine bequeme Verbindung der inneren Promenade mit dem Scheiniger Park gestatten und wird den Verkehr zwischen der inneren Stadt, der Nikolaivorstadt und der Süd-Vorstadt einerseits und der Scheiniger Vorstadt andererseits in der Hauptsache vermitteln. Durch die veränderte günstige Lage unmittelbar oder mittelbar an einem guten Verbindungswege und durch den lebhaften Verkehr, der sich in den Straßen vor und hinter der Brücke entwickeln wird, werden — so folgert der Magistrat nicht mit Unrecht — die Grundstücke in der Umgebung der Brücke einen wesentlichen Wertzuwachs erfahren. Es erscheint daher gerecht und billig, die Eigentümer dieser Grundstücke zu den Kosten der Einrichtung, die ihnen diese Vorteile bringt, mit einem angemessenen Beiträge heranzuziehen. Die

ein Eisenbahnunglück herbeigeführt zu haben. Das Urteil habe ich bereits mitgeteilt. Es handelt sich um das Unglück auf dem Hauptbahnhof in Duisburg am 29. Oktober d. J., bei dem zwei Passagiere getötet wurden und sieben Personen schwere Verletzungen erlitten. Die Verleumdung des Angeklagten war eine schwere Anklage gegen den Kaiser. Angeklagter hat bei der Verlesung die richtige Antwort gegeben, aber einen falschen Anknüpfungspunkt. Tatsächlich wurde statt des Gleises A West das Gleis B West frei und der Hamburg-Köln-Schnellzug lief statt in das Gleis A in das B. Als Angeklagter falsch geäußert hatte, machte ihn der Telegraphist Peters auf den Irrtum aufmerksam. Wäumer schwärzte sofort, aber vergeblich, das Unglück durch telephonischen Einfluß des Stellwerks zu verhindern. Der Angeklagte ist seit 29 Jahren im Dienste. Er legte dar, gerade in jenen Morgenstunden sei der Dienst ein ganz besonderer anstrengender. Er habe abwechselnd 7 bis 9 Stunden täglich Dienst gehabt. In der Woche, in der das Unglück passierte, habe er von 10 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens Dienst gehabt. In dieser Nacht hatte er 17 Tage zu verbrachten. Der Dienst war in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober infolge eines durchgehenden Nebels ein außerordentlich schwerer. Von 120 fahrplanmäßigen Zügen kamen 101 mit 3698 Minuten Verspätung an.

Die Anklageaufnahme betraf die Angaben des Angeklagten. Dieser hatte wegen der Ueberbürdung, aber vergeblich, gebeten, ihm einen zweiten Beamten beizugeben. Die Sachverständigen (höhere Beamte der Eisenbahndirektion) schilderten den Dienst als „allerdings anstrengend, aber keineswegs überanstrengend“. Die medizinischen Gutachter meinten, daß man nach achtstündiger so anstrengender Tätigkeit nicht mehr ganz frisch sein könne. Der Staatsanwalt Dr. Weismann behauptete, der Angeklagte sei nicht überanstrengt gewesen. Die Anklage greift, die über die Unzulänglichkeit der Bahnposteinrichtungen jektoren, vergessen — daß Verbesserungen viel Geld kosten. Verteidiger Rechtsanwalt Konwit: Ich beantrage die Freisprechung meines Klienten. Daß der Angeklagte bis auf äußerste Anstrengung war, wird man zugeben müssen, wenn man erwägt, daß er schon 12 Nächte lang nicht geschlafen hätte. Wenn auch der Angeklagte bei Tag frei hätte, so ist doch der Tagdienst niemals so anstrengend wie der Nachtdienst. Der Angeklagte hat nun in der letzten halben Stunde seines achtstündigen Nachtdienstes lediglich das mechanische Versehen begangen, daß er wohl die richtige Weiche gedreht, aber eine falsche Taste gedrückt habe.

Das Urteil geht dahin: Der Gerichtshof hat es als zweifellos erachtet, daß das Unglück lediglich durch die Unachtsamkeit des Angeklagten entstanden ist. Der Angeklagte war zu größter Sorgfalt verpflichtet, er hat diese aber außer acht gelassen. Der Gerichtshof hat wohl die Ueberzeugung erlangt, daß der Angeklagte sehr nervös in seine freie Willensbestimmung

im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs war aber nicht ausgeschlossen. Bei der Strafzumessung hat der Gerichtshof einmal das furchtbare Unglück, andererseits den Umständen erwogen, daß der Angeklagte einen sehr anstrengenden Dienst hatte und daß, nachdem er von dem Telegraphisten Peters auf sein Versehen aufmerksam gemacht war, er alles tat, um das Unglück abzuwenden. Mit Rücksicht hierauf hat der Gerichtshof auf vier Monate Gefängnis erkannt. — Eine Anklage gegen diejenigen, die aus Eifer vorstehen, wie ja die Staatsanwaltschaft hervorhob, bessere Einrichtungen vorzuschlagen haben und an der Ueberführung des Beamten schuldig sind, hätte mehr als dieses Urteil dem Rechtsbewußtsein und der Verleumdung dienen können.

Verlin im Nebel. Der „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir folgende interessante Schilderung: Will unsere Reichshauptstadt London nachahmen? So fragt man sich, wenn man die beiden Nebel der letzten Zeit beobachtet. Ein solcher Tag erscheint wie eine einzige Dämmerung, und ein kleinerer Erdbeben läßt sich nicht vermeiden. Die Luft ist so dick, daß man die Bahnhöfe von den Vororten auskommen, um in ihre Büros und Kontore zu eilen, machen verdrückte Gesichter. Jeder erörtert das Thema des Nebels und rief sich dabei fröhlich die Hände, denn der Nebel ist boshaft; er veranlaßt uns nicht nur unser gewöhnliches Gesichtsfeld, er bringt meistens auch Kälte mit sich. Die Stadt liegt wie unter einem kalten, fröhlichem Grau begraben. Der Nebel umflummert alles, er kriecht die Häuserreihen entlang, legt sich auf die Plätze, umfließt die Türme, von denen man nicht mehr sieht. Bei monumentalen Einbauten bringt er alles in eine phantastische Stimmung; die Quadriga auf dem Brandenburger Tore erscheint vergrößert, die Ritter auf dem Reichstagsgebäude scheinen sich in Bewegung zu setzen und drohend ihre Lanzen zu recken. Am Ende der langen Straßenreihen tauchen wie aus ätherischer Dämmerung Dampfsäulen, Lärme, Wolken und schwebende Gestalten auf, die gleich dem Nebel, das Gesicht in „Mogel“ befangen, im Nebel ihren Weg suchen. Die Menschen eilen hastig aneinander vorbei; man sieht hochaufgeschlagene Kragen, hie und da ein vorüberfliegendes: jeder verdrückt mit fröhlichem Mien wieder im Nebel. Vor den Zeitungsbüros, den Kunst- und Bücherläden stehen nur wenige Menschen; das Dunkel erlaubt kaum zu lesen, und über den Schatz seines Wissens verneinend will, muß sich zur nächsten Lampe setzen, die heute fast den ganzen Tag angezündet bleibt. Man sieht, wie der Nebel die Menschen nervös macht; jeder hat noch mehr Eile als sonst, nimmt nach weniger Rücksicht auf seinen Nebenmann im Straßenvergnügen. In der Leipziger Straße sieht man bereits am Mittag die großen Postenkutschen vor den Schauläden entzünden; sie wetteifern mit den unglücklichen kleinen Mühlrädern im Zimmer der Häfen. Die bunten, elektrisch beleuchteten Neleanten über den Dächern stehen an solchen Tagen besonders schön und prächtig aus; wer noch nicht „Lebzig-Café“ und „Marall-Rigaretten“ zu Leisern seines Lebens gemacht hat, der wird jetzt mit phantastisch aus

dem Dunkel ragender Giebelhand daran gemahnt. Zwischen freischen langsam die roten Lichter der Automobile, die gelben Lampen der sonst so schnell dahinsausenden Automobile; auch sie müssen heute vorsichtig fahren, und es ist nicht die Furcht vor dem Schreckmann, der sie zurückhält. Im nächsten zeigt der Nebel seine Koboldnatur auf den Bahnhöfen, wo das verdrückte Schienenmeer zusammenläuft, auf dem Hundstücken Tausende in die große Stadt einströmen. Da stehen die Beamten noch sorgfältiger als sonst die Schienenwege entlang oder stehen nach den großen Semaphoren an Hand der Weiche. Die Zeit des Nebels ist die Zeit der Eisenbahn-Unfälle. Die Straßenbahnen im Inneren der Stadt fahren langsamer, Gütertransporte und Kollwagen, von schweren, vor Kälte dampfenden Pferden gezogen, bewegen sich vorsichtig im Schnecken-tempo durch die Straßen.

Lebensig begraben. Auf Kaiserstraße in Berlin wurde am 8. d. M. ein Schwurgericht in zwei Fällen verurteilt, die Mauer Wilhelm Mannfuchen aus Niedermosel wegen erschwerter Totschlags eines 14jährigen Mädchens und wegen eines Sittlichkeitsverbrechens im lebenslänglichen Bucht haus.

Kulturverletzt. Zum Tode verurteilt wurde der polnische Schmitt Teske vom Schwurgericht in Sanktrowitz. Der Verurteilte hatte im Sommer an einer Schmittin in Hof Dreesen einen Raubmord begangen.

2 Kinder verbrannt. In Lunden bei Hensburg ist das Haus eines Werftarbeiters niedergebrannt. Seine beiden Kinder im Alter von 2 und 3 1/2 Jahren, die beim Ausbruch des Feuers allein zu Haus waren, sind in den Flammen umgekommen.

Der 125ere Geschäftsführer des Sauerländer Konsumvereins. Der 125ere Geschäftsführer des Sauerländer Konsumvereins, Herr J. B. Müller, ist am 9. d. M. vom Schwurgericht in Leipzig wegen Verschleierung in drei Fällen und Untreue in einem Falle zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und 1200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Von der Anklage des betrügerischen Bankrotts wurde er freigesprochen.

Ob gültige Bestimmung! In Elbing wurde nach den Berichten bürgerlicher Blätter eine 90 Jahre alte Tischlermeister-Witwe von einem Armenverwalter tot aufgefunden, als er ihr Armenunterstützung bringen wollte. Die alte Frau war ganz allein verstorben, und der Armenverwalter mußte mit dem Gelde wieder abgeben; er kam zu spät. Ob die Frau verhungert ist, wird nicht mitgeteilt, aber so unwahrscheinlich ist das nicht. Die bürgerliche Presse weist argwöhnisch dieses Verbrechen darauf hin, daß in Elbing kein Sündenhaus existiert, es sei folche alte Leute untergebracht werden können. Sie müssen zu Hause, von allen verlassen, verrotten. Die Elbinger Stadtverwaltung hat also keine Vorlage getroffen, damit alte Leute ein Heim haben. Wahrscheinlich ist dazu kein Geld da. Es muß aber daran erinnert werden, daß Geld, viel Geld zu einem Kaiser-Wilhelm-Deutlich vorhanden war. In diesem Jahre erst wurde es in Gegenwart der Kaiserin „unter dem Jubel aller Patrioten“ entfällt.

